

Wohin geht Venezuela?

Ein Beitrag zur internationalen Debatte über Chávez,
seine Partei und die Rolle der Arbeiterklasse



Eine Broschüre von der Jugendorganisation: **REVOLUTION**

Inhalt

Vorwort

Warum eine Broschüre über Venezuela? Warum jetzt? Seite 2

Venezolanischer Sozialismus?

Wie ist die Regierung von Hugo Chávez einzuschätzen? Seite 3

Chavez vs. Telenovelas

Über die Maßnahmen gegen den Sender RCTV in Venezuela Seite 5

Der Verein sozialistischer KapitalistInnen

Über die neue Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) Seite 8

Eilig entscheiden, gemächlich bereuen

Erwiderung zur Charakterisierung der PSUV von Permanent Revolution Seite 20

„Lasst uns am 2. Dezember die Verfassungsreform ablehnen – Gib einen leeren Stimmzettel ab!“

Aufruf der Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei Seite 23

Literaturtipps

Lesenswerte Texte auf Englisch, Deutsch und Spanisch Seite 27

Vorwort

Die gesamte Linke in der gesamten Welt redet über Venezuela. Vor allem nach dem Scheitern des Regierungslagers beim Referendum über die Verfassungsreform stellt sich die Frage: Ist die Regierung von Hugo Chávez sozialistisch? Was sind die Perspektiven für den Sozialismus in Venezuela? Mit dieser Broschüre möchten wir unsere Position als revolutionäre SozialistInnen darlegen.

Der erste Artikel ist als kurze Einleitung gedacht. Die Broschüre geht weiter mit zwei analytischen Artikeln über den Fernsehsender RCTV und die Partei PSUV, die in den letzten Monaten im Internet veröffentlicht wurden. Es folgt eine Erwiderung auf den Artikel zur PSUV von Stuart King von der Gruppe „Permanent Revolution“. Am Ende der Broschüre erscheint ein Aufruf der „Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei“: diese politische Gruppe, die aus wichtigen GewerkschaftsführerInnen wie Orlando Chirino besteht, rief die ArbeiterInnen zum ungültig Wählen beim Referendum über die Verfassungsreform auf. Dieser Aufruf zeigt, dass ein bedeutender Teil der venezolanischen Arbeiterbewegung eine kritischere Haltung zum Chavismus einnimmt.

Wie mensch sieht, wollen wir keineswegs eine einfache Antwort auf die komplizierte Situation in Venezuela geben. Wir stimmen nicht unbedingt mit den Thesen von PR oder dem Projekt der „trotzkistischen Arbeiterpartei“ überein, doch wir finden es wichtig, die internationale Debatte dazu voranzutreiben. Auch die Mitglieder von REVOLUTION sind keineswegs gezwungen, die hier vertretenen Positionen roboterartig wiederzugeben. Wir hatten schon wertvolle Diskussionen über Venezuela und wir werden sie sicherlich nicht damit beenden, dass wir jetzt mit dieser Broschüre eine „unfehlbare Linie“ festlegen.

Diese Broschüre ist nicht als Einleitung über die Situation in Venezuela gedacht – als Einleitung empfehlen wir die Broschüre „Für eine sozialistische Revolution in Venezuela“ von der RSO.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und eine interessante Debatte über Venezuela!

Venezolanischer Sozialismus?

Wie ist die Regierung von Hugo Chávez einzuschätzen?

Eins muss man über den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez sagen: er versteht es, in die Schlagzeilen der Weltpresse zu gelangen. Über seine antiimperialistischen Reden (er bezeichnete George Bush vor der UNO-Vollversammlung als „den Teufel“) und eigenartige Maßnahmen (er schuf eine eigene Zeitzone für Venezuela, damit die Schulkinder länger schlafen können) wird viel geschrieben.

Aber vor allem gilt er in den bürgerlichen Medien als die größte „rote Gefahr“ seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, denn er propagiert einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, der in Venezuela aufgebaut werden soll. Er hat einige privatisierte Unternehmen wiederverstaatlicht, z.B. das Telefonnetz der Hauptstadt Caracas, und gerade wegen seiner Wirtschaftspolitik wird er pausenlos als „wahnsinnigen Diktator“ gebrandmarkt.

Umgekehrt stilisieren viele Linke aus aller Welt Chávez zu einem sozialistischen Revolutionär – z.B. bejubelt die Deutsche Kommunistische Partei jede Maßnahme von Chávez. Gerade EnthusiastInnen der Linkspartei bewundern das Chávez-Projekt, weil sie darin den Beweis erkennen wollen, dass Sozialismus nur durch eine „linke“ Regierung eingeführt werden kann. Aber entsteht tatsächlich eine sozialistische Gesellschaft in Venezuela?

Verfassung und Partei

Anfang Dezember gab es eine Abstimmung über eine Verfassungsreform, die das „sozialistische System“ in Venezuela festschreiben sollte. Bei dieser Abstimmung scheiterte das Regierungslager äußerst knapp, was vor allem eins deutlich macht: Chávez ist kaum ein „Diktator“, sonst hätte er kein Referendum veranstaltet, geschweige denn verloren.

Der Ausgang der Abstimmung kann kaum als eine Ablehnung des Sozialismus gewertet werden: Die konservative Opposition verzeichne-

te keinen Stimmenzuwachs gegenüber den letzten Wahlen, aber das Chávez-Lager bekam nur vier Millionen Stimmen, d.h. drei Millionen weniger als vor einem Jahr. (Dabei hat die neue Partei, die Chávez gerade aufbaut, offiziell sechs Millionen Mitglieder!) Das bedeutet, dass viele „ChavistInnen“ von dieser Verfassungsreform nicht überzeugt waren und zu Hause blieben.

Es gab viele fortschrittlichen Inhalte der Reform – der Sechs-Stunden-Tag, ein Diskriminierungsverbot, usw. – aber zweifellos wurden jene Inhalte abgelehnt, die eine ungeheure Macht in den Händen des Präsidenten konzentriert hätte (etwa die Macht, den Ausnahmezustand auszurufen und damit viele Grundrechte außer Kraft zu setzen).

Und nicht nur mit dieser Reform soll die Exekutivgewalt gestärkt werden: Chávez baut gerade die „Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas“ (PSUV) als Einheitspartei des Regierungslagers auf. Diese Partei ist trotz ihres „sozialistischen“ Anspruchs nicht eine Partei der ArbeiterInnen Venezuelas: Chávez hat bereits gefordert, die Gewerkschaften müssten dem Staat untergeordnet sein, und in der PSUV gibt es viele StaatsbürokratInnen und „patriotische“ KapitalistInnen – es gibt sogar eine Gruppe von sog. „sozialistischen UnternehmerInnen“!

Die Chávez-Regierung versucht zwischen den ArbeiterInnen und den KapitalistInnen zu balancieren – sie versucht, allen gesellschaftlichen Klassen etwas zu geben und ihre unversöhnlichen In-

teressen zu versöhnen. Das mag sogar aufgrund der hohen Ölpreise eine Zeitlang funktionieren: die Regierung schafft Sozialprogramme und Jobs in staatlich subventionierten Kooperativen, aber die Produktionsmittel bleiben in den Händen der KapitalistInnen. Denn trotz der ständigen Reden über Sozialismus schwört Chávez bei jeder Gelegenheit, das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht antasten zu wollen: „Wir haben keine Absicht, Venezuelas Bourgeoisie auszumerzen.“

Der Sozialismus

Was ist von einer Regierung zu halten, die einerseits den Schutz des Privateigentums und andererseits die Einführung des Sozialismus verspricht? Eine solche Regierung ist keine Neuerscheinung, gerade in Lateinamerika nicht. Denn die KapitalistInnen in unterentwickelten Ländern sind schwach, gequetscht zwischen die multinationalen Konzerne und die armen Massen. Um ein bisschen mehr Spielraum gegenüber dem Imperialismus zu bekommen, setzen sich oft „linke“ Militärs wie Chávez an die Spitze, die die Massen mit radikalen Reden und kleinen Reformen mobilisieren (denken wir nur an den Mann von Evita Peron!). Die Rede ist oft von „Antiimperialismus“ oder gar „Sozialismus“, aber es kommt nicht zu einer grundlegenden Änderung der Verhältnisse: die Macht bleibt in den Händen der KapitalistInnen, der staatlichen Bürokratie, der Armee...

Eine sozialistische Revolution dagegen erfordert die komplette Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Enteignung der Konzerne und des Großgrundbesitzes, und die Ersetzung der Polizei und Armee durch eine allgemeine Bewaffnung des Volkes. Dieses Programm kann eben nicht von der staatlichen Bürokratie ausgeführt werden, die an den herrschenden Eigentumsverhältnisse gebunden ist. In einer sozialistischen Re-

volution muss der Staat durch die in Räten organisierten ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen gestürzt werden. Nur auf diesem Weg kann die Ungleichheit und die Unterentwicklung dauerhaft beseitigt werden.

Die Arbeiterbewegung

Die ArbeiterInnen in Venezuela verteidigen alle Maßnahmen von Chávez, die konkrete Verbesserungen für sie bedeutet haben. Aber sie dürfen dem „máximo líder“ nicht blind folgen. Wenn sie den Weg der sozialistischen Revolution einschlagen, wird es unvermeidlich zum Bruch zwischen ihnen und dem Staatsapparat unter Chávez kommen. Sie müssen bereit sein, weiter zu gehen, als der Chavismo gehen kann – und dafür brauchen sie ihre eigene Arbeiterpartei, eine Partei mit einem revolutionären Programm und einer unabhängigen Struktur.

Ein bedeutender Teil des Gewerkschaftsdachverbandes UNT liess sich nicht in die PSUV hineindrängen und gründete vor kurzem die „Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei“. Diese Bewegung hat die Aufgabe, eine unabhängige Kraft der ArbeiterInnen zu schaffen, die zwar in einer Einheitsfront mit der Chávez-Regierung gegen den Imperialismus zusammenkämpft, aber auch eigene Forderungen gegen die Chávez-Regierung durchsetzen kann.

Unsere Aufgabe als RevolutionärInnen außerhalb Venezuelas ist ähnlich: wir verteidigen die Chávez-Regierung gegen die Angriffe des Imperialismus und der bürgerlichen Opposition, aber wir sparen auch keine Kritik. Unsere Solidarität gilt in erster Linie den AktivistInnen, die eine revolutionäre Partei der ArbeiterInnen Venezuelas aufbauen wollen, denn nur dadurch kann der Sozialismus in Venezuela geschaffen werden.



von Wladek, 20. Dezember 2007

zuerst veröffentlicht in der deutschen

REVOLUTION-Zeitung, Nr. 27, Januar/Februar 2007

Chavez vs. Telenovelas

Über die Maßnahmen gegen den Sender RCTV in Venezuela

Der venezolanische Fernsehsender RCTV, Produzent der beliebtesten „Telenovelas“ (Seifenopern) des Landes, stellte am 27. Mai 2007 den Betrieb ein. Die Lizenz zur terrestrischen Übertragung auf Kanal 2, die 1987 erteilt wurde, wurde für RCTV nicht verlängert. Die bürgerlichen Medien erklären diese Entscheidung mit der „kritischen Haltung des Senders zum Präsidenten Chavez“ – laut ihnen herrscht in Venezuela ein Diktator, der jede kritische Stimme unterdrückt.

Aber RCTV sendete mehr als nur Seifenopern und regierungskritische Nachrichten. Das Unternehmen vom Medienmogul Marcial Granier stand im Mittelpunkt des Putschversuches im April 2002, als rechte UnternehmerInnen und Militärs mit Unterstützung der CIA die Chavez-Regierung kurzzeitig stürzten. RCTV und ein zweites rechtes Medienunternehmen, Venevisión, riefen die Bevölkerung zum Aufstand auf und schickten Fernsehbilder durch die Welt, die den Putsch rechtfertigen sollten¹. Ein glücklicher Offizier sagte im Fernsehstudio am Tag des Putsches: „Ich muss mich bei Venevisión und RCTV bedanken!“²

Diese Medienunternehmen, die einen demokratisch gewählten Präsidenten durch einen Militärputsch zu stürzen versuchten, behaupten jetzt, ihre demokratischen Rechte werden verletzt!

In den reicheren Vierteln der venezolanischen Hauptstadt Caracas demonstrieren tausende StudentInnen für die „Verteidigung der Pressefreiheit“. Auf der anderen Seite demonstrieren zehntausende Chavistas für die „Demokratisierung der Medien“. Natürlich sah man in der internationalen Berichterstattung nur Bilder von der ersten Mobilisierung.

Die Medienunternehmen

Die venezolanische Medienlandschaft ist von vier großen Konzernen dominiert – Chavez hat sie mal in seiner typisch biblischen Sprache als die „vier apokalyptischen Reiter“ bezeichnet. Seine wöchentliche Sendung „Aló Presidente“ ist zwar international bekannt, aber in Venezuela gibt es wenig staatliches Fernsehen. Die katholische Kirche besitzt momentan mehr Sender als die Regierung – von 81 Fernsehsendern und 708 Radiosendern gehören jeweils zwei dem Staat.

Die Vorherrschaft privater Medienkonzerne passt nicht zum Bild des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, das laut Chavez und seinen UnterstützerInnen in Venezuela entsteht. Die „bolivarianische“ Revolution hat die Macht der Medienkonzerne bisher nicht direkt angetastet.

Die Chavez-Regierung ging mit zwei verschiedenen Maßnahmen gegen die putschistischen Medien vor: erstens wurden Radio- und Fernsehsender von Basiskollektiven gefördert. Diese werden von der Bevölkerung selbst organisiert, aber wie bei allen chavistischen Projekten behält der Staat große Einflussmöglichkeiten. Zweitens wurden Gesetze eingeführt, die eine stärkere staatliche Kontrolle der Medien ermöglichen. Diese Ge-

setze wurden mit der Begründung eingeführt, den „bolivarianischen Prozess“ gegen eine aufgebrauchte Oligarchie zu schützen, aber sie sind schwammig formuliert und könnten genauso gut gegen linke Medien eingesetzt werden.

Im November 2004 wurde das „Gesetz zur sozialen Verantwortung des Radios und des Fernsehens“ von der von ChavistInnen dominierten Nationalversammlung beschlossen. Dieses Gesetz sieht für wage definierte Vergehen hohe Strafen vor. Zum Beispiel Fernseh- oder Radioprogramme, die einen „Angriff auf die integrale Erziehung von Kindern und Jugendlichen“ darstellen, können hohe Geldstrafen für den Sender bedeuten. Von der chavistischen Nationalversammlung sind auch Gesetze eingeführt worden, die die Beleidigung von Regierungsbeamten unter Strafe stellen – bis zu 20 Monate für die Beleidigung der Regierungsminister, Provinzgouverneure, Richter des Obersten Gerichtshofes, Mitglieder der Nationalversammlung, Offiziere des militärischen Oberkommandos usw. usf. Für die Beleidigung des Präsidenten sind sogar bis zu 40 Monate Gefängnis möglich!

Diese Gesetze werden momentan gegen die Reaktion verwendet und von den armen Menschen in Venezuela größtenteils begrüßt. Die internationale Linke ist über die Frage gespalten: Manche linksliberale Organisationen wie „Reporter ohne Grenzen“³ verteidigen „die Pressefreiheit“ als absolutes Prinzip. RevolutionärInnen dagegen müssen festhalten, dass die bürgerliche Pressefreiheit nichts anderes bedeutet als die Freiheit der Bourgeoisie, die Presse zu besitzen. Die ganze Aufregung über die Nicht-Verlängerung der Sendelizenz von RCTV basiert auf der Grundannahme, dass ein Medienkonzern ein natürliches Vorrecht besitzt, auf dem Kanal 2 zu senden. (Der bürgerliche Staat würde selbstverständlich auch nicht jeder/m SlumbewohnerIn, der/die einen Fernseh-

sender besitzt, das gleiche Recht gewähren!) Freilich ist diese „Freiheit“ nichts, was RevolutionärInnen um jeden Preis verteidigen.

Die Pressefreiheit

Eine sozialistische Revolution würde eine wirkliche Pressefreiheit bedeuten: durch die Vergesellschaftung der Medien könnte die gesamte Bevölkerung sich in Radio, Fernsehen und Printmedien ausdrücken. In bestimmten Momenten wird es für eine siegreiche proletarische Revolution notwendig sein, die alten ausbeutenden Klassen und ihre Presse zu unterdrücken – aber diese vorübergehenden Notmaßnahmen schaffen die gesellschaftliche Basis für das Verschwinden der Klassen und damit für eine wirkliche Pressefreiheit.

RevolutionärInnen können diese Maßnahmen der venezolanischen Regierung nicht unterstützen, ohne klar zu machen, dass der venezolanische Staat ein kapitalistischer Staat ist. Bei dieser Charakterisierung geht es nicht um die politischen Vorstellungen der Regierungsmitglieder, sondern um die Produktionsverhältnisse, die vom Staatsapparat geschützt und gefördert werden. Entsprechend

kann der Staat seinen Charakter nicht einfach von kapitalistisch zu sozialistisch wechseln, wie Chavez von einer grünen zu einer roten Mütze wechselt. Der Aufbau des Sozialismus erfordert nicht andere Gesetze oder eine andere Verfassung, sondern die Zersetzung des bürgerlichen Staates und ihre Ersetzung durch demokratische Räte der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen.

Entsprechend dürfen die Unterdrückten keine Stärkung des bürgerlichen Staates unterstützen, selbst wenn er sich in einem bestimmten Moment gegen ihre UnterdrückerInnen wendet.

Der russische Revolutionär Leo Trotzki schrieb in seinem Artikel „Die Pressefreiheit und die Arbeiterklasse“⁴ aus dem Jahr 1938: „Die Theorie, eben-



so, wie die geschichtliche Erfahrung, beweisen, daß jede Einschränkung der Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft, schließlich gegen das Proletariat gerichtet ist, so, wie Steuern schließlich immer auf die Schultern des Proletariats zurückfallen. Die bürgerliche Demokratie hat für das Proletariat nur insofern ihren Nutzen, als daß sie den Weg für die Entwicklung des Klassenkampfes eröffnet. Folglich ist jeder Arbeiter“führer“, der den bürgerlichen Staat mit speziellen Mitteln zur Kontrolle der öffentlichen Meinung im Allgemeinen und der Presse im besonderen bewaffnet, ein Verräter. In letzter Konsequenz wird die Zuspitzung des Klassenkampfes die Bourgeoisie aller Schattierungen dazu zwingen, einen Pakt zu schließen, um Sondergesetze, restriktive Maßnahmen aller Art sowie die „demokratische“ Zensur gegen die Arbeiterklasse zu akzeptieren. Wer das noch nicht verstanden hat, sollte die Reihen der Arbeiterklasse verlassen.“

Als abstrakte Formel ist die „Demokratisierung der Medien“ ein selbstverständliches Ziel der sozialistischen Revolution. Aber die „Demokratisierung“, die wir in Venezuela sehen, geht nicht über die KonsumentInnendemokratie des kapitalistischen Marktes hinaus, d.h. dem Fernseh- und Radioangebot der Medienkonzerne werden weitere Angebote des Staates hinzugefügt, die einen „sozialen“ Anspruch haben. Eine wahrhafte Demokratisierung der Medien würde erfordern, dass die Produktionsmittel – auch die Mittel zur Produktion von Medien, also Druckereien, Sendeantennen, Fernsehstudios usw. – von den ArbeiterInnen selbst kontrolliert werden. Die großen Sendeanstalten Venezuelas befinden sich in den Händen

von einheimischen und imperialistischen Konzernen, und diese müssen enteignet werden. Aber die „bolivarianische Verfassung“ Venezuelas garantiert das Recht auf Privateigentum!

Das Fatale an der Politik von Chavez ist, dass Schläge gegen die Reaktion nicht durch die Aktion der ArbeiterInnenklasse sondern durch Erlässe der staatlichen Bürokratie erteilt werden. Statt das Selbstbewusstsein der Unterdrückten zu stärken, werden nur noch die Hoffnungen in den „máximo lider“ gestärkt.

Diese Gesetze werden momentan gegen RCTV verwendet, aber wenn sich der Klassenkampf zuspitzt, ist es leicht vorstellbar, dass sie zur Unterdrückung der ArbeiterInnen- und Bauern/Bäuerinnenorganisationen verwendet werden.

Deswegen demonstrieren die fortschrittlichsten ArbeiterInnen in Venezuela, wie die Streikenden in Aragua, nicht zur Unterstützung des Präsidenten, sondern für die „Enteignung des RCTV und aller putschistischen Medien unter ArbeiterInnenkontrolle!“ Die revolutionären Teile der Arbeiterbewegung müssen Chavez und seine Sozialprogramme gegen den Imperialismus und die innere Reaktion verteidigen. Aber um ein Programm der Vergesellschaftung durchzusetzen, brauchen sie ihr eigenes politisches Programm und ihre eigenen Medien. Nur mit einer unabhängigen Politik ihrer Klasse werden die ArbeiterInnen den Sozialismus erkämpfen können.

von Wladek Flakin, 7. Juli 2007

Dieser Artikel wurde zuerst veröffentlicht auf der Seite der Revolutionär-Sozialistischen Organisation (<http://www.sozialismus.net>)

Fußnoten

1. Diese Fernsehbilder waren manipuliert, um den Eindruck zu erwecken, dass Chavez-AnhängerInnen auf eine friedliche Demonstration der Opposition geschossen hätten. Das Gegenteil war der Fall: die Armee hatte auf eine Pro-Chavez-Demonstration geschossen. (Alles im Dokumentarfilm „The Revolution Will Not Be Televised“ zu sehen.)
2. <http://www.fair.org/index.php?page=3107>
3. <http://www.jungewelt.de/2007/06-13/040.php>
4. <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1938/10/presse.htm>

Dieser Artikel bezieht sich auf eine Kampagne mexikanischer StalinistInnen, die reaktionäre Presse im Land zu zensurieren. Mexiko wurde zu dem Zeitpunkt vom fortschrittlichen und antiimperialistischen aber nach wie vor bürgerlichen General Cardenas regiert, dessen Regime sehr viele Ähnlichkeiten mit dem von Chavez aufweist. Der Artikel erschien in der ersten Nummer der spanischsprachige Zeitschrift der Vierten Internationale, „Clave“, im Oktober 1938.

Der Verein sozialistischer KapitalistInnen

Was für eine Partei ist die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas?

Im letzten halben Jahr sind sechs Millionen Menschen in Venezuela in die PSUV eingetreten. In einer Debatte mit Permanent Revolution argumentiert Wladek Flakin, Mitglied der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION, dass die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas bereits unter der Kontrolle der Regierung steht und deswegen nicht zum Instrument der ArbeiterInnenklasse werden kann.

„Der Verein sozialistischer Kapitalisten“ ist nur eine Komponente der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV). Die PSUV steht noch vor dem oft verschobenen Gründungskongress, aber bereits eineR von vier VenezolanerInnen hat sich bei der Partei eingeschrieben, und damit ist die PSUV, von allen Parteien auf der Welt die sich sozialistisch nennen, größtenteils auf Platz zwei hinter der Kommunistischen Partei Chinas.

Das Ziel der PSUV ist, das lose Bündnis von Parteien, die die Regierung von Hugo Chávez unterstützen, in eine einheitliche politische Struktur zu verwandeln. Eine Debatte tobt innerhalb der radikalen Linken Lateinamerikas, ob mensch dieser Partei beitreten soll oder nicht (siehe Kasten); doch sehr wenig davon hat den Weg in nicht-spanischsprachige Publikation gefunden. Die Bildung der PSUV verdient die Aufmerksamkeit von RevolutionärInnen in aller Welt, nicht nur weil es einen

weiteren Meilenstein im „bolivarischen Prozess“ darstellt, sondern auch weil es zentrale Fragen der revolutionären Taktiken und Strategie in den halb-kolonialen Ländern aufwirft.

Eine Analyse der PSUV ist, im Gegensatz zu den meisten neuen Parteien, erstaunlich leicht: Die PSUV wird unüblicherweise als Regierungspartei gegründet. Insofern muss mensch nicht darüber spekulieren, welche Politik diese Partei an der Macht betreiben würde. Es ist möglich zu untersuchen, welche Politik diese Partei in den acht Jahren der Präsidentschaft Chávez' betrieb. Klar ist, dass so eine massive politische Formation nicht wie eine leere Flasche ist, die mit unterschiedlichen Weinen gefüllt werden kann – hinter dem Projekt stecken genaue Klasseninteressen. Es ist möglich, den Klassencharakter der Partei zu bestimmen, sogar jetzt schon, sogar vor der Parteigründung.

Um eine korrekte Analyse der PSUV zu entwi-

ckeln, wird dieser Artikel mit einem Überblick über den Klassenkampf in Venezuela und das chavistische Projekt im Allgemeinen beginnen ¹. Dann wird es genauere Bemerkungen über die Partei selbst geben.

Hört nicht auf Chávez-Zitate!

Chávez redet – und redet und redet und redet – auf Kundgebungen oder in seiner wöchentlichen Fernsehsendung „Aló Presidente“. Er kann fast jedem Menschen ein Zitat liefern, das diesem gefällt. Erschöpfte TrotzkiInnen auf der Suche nach einem Helden bekommen beispielsweise eine Rede über die Notwendigkeit, den Kapitalismus abzuschaffen oder gar Ermunterungen, das Übergangsprogramm der Vierten internationale zu lesen, wie z.B. in der Rede: *„Heute haben wir ALCA beerdigt, und bald werden wir dasselbe mit dem Kapitalismus tun!“*²

Doch auch venezolanische KapitalistInnen, die einen Kompromiss mit dem Chávez-Regime suchen, bekommen Versprechungen über die Untastbarkeit des Privateigentums: *„Wir haben keine Absicht, die Oligarchie, Venezuelas Bourgeoisie, auszumerzen. Das haben wir in unseren acht Jahren zur Genüge bewiesen.“*³ Also der Kapitalismus soll abgeschafft werden aber die Kapitalistenklasse erhalten bleiben? Offenkundig werden Informationen über die Wirtschaft in Venezuela nützlicher sein als Chávez-Zitate.

Es kann nicht verleugnet werden, dass die bolivariische Regierung viel getan hat, um die Misere der Armen in Venezuela zu verringern: Zum Beispiel ist die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, seit dem Amtsantritt Chávez' von 20% auf 10% gesunken ⁴. Aber an sich sagt das überhaupt nichts über den Klassencharakter der Regierung aus.

Die beste Information stammt vom venezolanischen Botschafter in Washington. Regelmäßig

beruhigt er die Imperialistinnen mit Zeitungskommentaren voller kalten, harten Fakten. Zum Beispiel: *„Es ist ironisch, dass Venezuela wegen seiner Politik angegriffen wird da, trotz der Strukturänderungen im Ölsektor, die Offenheit unseres Ölmarktes gegenüber US-Konzernen weit reichend bleibt.“*⁵ Ein Chávez-Unterstützer könnte erwidern, das sei nur eine Täuschung, um den Forderungen der ImperialistInnen entgegenzukommen. Aber scheint es nicht wahrscheinlicher zu sein, dass die sehr andersartigen Reden von Chávez eine Täuschung sind, um den Forderungen der Massen entgegenzukommen?

Venezuela ist, laut den Chavistas, ein Versuchsgelände für den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Dieses Konzept wurde grob definiert vom deutschen Professor Heinz Dieterich, wird aber von verschiedenen Menschen unterschiedlich interpretiert. Sozialismus, als wissenschaftlicher Begriff, bezeichnet eine Gesellschaft, in der die ArbeiterInnenklasse die politische Macht ergriffen, die Produktionsmittel enteignet und mit dem Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft begonnen hat. „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, im Ge-



genteil, „erkennt verschiedene Eigentumsformen an“, d.h. er erfordert keine Enteignungen oder Verstaatlichungen. Das Regime propagiert ein Modell mit „fünf Eigentumsformen“ (öffentliches, soziales, kollektives, gemischtes und privates Eigentum) – doch entscheidend ist die Tatsache, dass das Privateigentum in der Verfassung „anerkannt und garantiert“ wird.

Dieser „venezolanische Sozialismus“ soll also zusammen mit KapitalistInnen und auf der Grundlage des Privateigentums aufgebaut werden. Die Zeitschrift „New Yorker“, frei von jedem Verdacht antikapitalistischer Sympathien, schrieb schlicht: *„Wenn das Sozialismus ist, dann ist es der unternehmerfreundlichste Sozialismus, der jemals entwi-*

ckelt wurde“⁶. Dieser „Sozialismus“ steht nicht im Widerspruch zu den Profiten der multinationalen Konzerne (im Jahr 2006 nahm der Handel zwischen Venezuela und den USA um 31% zu) und sieht die Abschaffung des Privateigentums nicht vor. Es wird viel über „Verstaatlichungen“ der Chávez-Regierung gesprochen, doch da die alten BesitzerInnen große Entschädigungen bekommen haben, wäre es präziser zu sagen, dass der Staat diese Unternehmen zu Marktpreisen gekauft hat. Der wichtigste Sektor der venezolanischen Wirtschaft, die Ölindustrie, wurde im Jahr 1976 durch eine offen bürgerliche Regierung verstaatlicht.

Die Rolle der Massen

Hugo Chávez begann seine politische Karriere als Nationalist, er berief sich auf die Tradition des lateinamerikanischen Unabhängigkeitskämpfers Simon Bolivar. Ab dem Jahr 2005 wurde Chávez' Rhetorik viel radikaler, er nannte sich Sozialist und griff den Kapitalismus an. Er bezog sich nach wie vor auf Gott, Jesus und Bolivar, aber jetzt auch auf Marx, Lenin und Trotzki. Dieser Wandel basierte nicht darauf, dass Chávez ein paar neue Bücher gekauft oder ein paar Ratschläge vom zentristisch-trotzkistischen Theoretiker Alan Woods bekommen hatte. Wiederholte Mobilisierungen der Massen in Venezuela schubsten Chávez nach links. Er musste seine Reden radikalieren, um die Unterstützung seiner radikalisierten Wählerschaft zu behalten.

Der Putschversuch im April 2002 und die Aussperrung der UnternehmerInnen (die manchmal „Streik“ genannt wird) im Dezember 2002 wurden durch Mobilisierungen der ärmsten Schichten der venezolanischen Gesellschaft zurückgeschlagen. Während des Putsches waren es die Massen auf den Straßen von Caracas, die einen Teil des Militärapparats dazu drängten, die Seiten zu wechseln und die Chávez-Regierung zu retten. Während der Aussperrung waren es die ArbeiterInnen des staatlichen Ölkonzerns PDVSA, die die Ölforderung (und damit die venezolanische Wirtschaft) am Leben erhalten haben, trotz des Boykotts der ManagerInnen.

In letzter Zeit wurde eine ganze Reihe von kleinen und mittleren Fabriken, die von ihren BesitzerInnen geschlossen wurden, von ArbeiterInnen wieder eröffnet, die die Produktion unter Arbeiter-

Innenkontrolle fortsetzen. Doch in all diesen Fällen versucht der „sozialistische“ bürgerliche Staat, die Selbstorganisierung der ArbeiterInnenklasse zu begrenzen, in dem er der Arbeiterkontrolle die „Co-management“ zwischen den Belegschaften und dem Staat entgegensetzt. In den Fällen, wo die ehemaligen BesitzerInnen ihr Eigentum zurück forderten oder wo die ArbeiterInnen die mäßige Linie des Staates zurückwiesen, gab es auch brutale Repression durch die Polizei (zum Beispiel in der besetzten Keramikfabrik Sanitarios Maracay).

Es ist viel die Rede von „Volksmacht“ und tausende kommunale Räte werden in ganz Venezuela etabliert. Doch diese Räte, ähnlich den „partizipative Haushaltsräte“ in Brasilien unter Lula⁷ entscheiden lediglich über die örtliche Verwaltung von Geldern, die von der Exekutive kontrolliert werden. Das bedeutet, dass diese Körperschaften keine Grundlage für die Selbstverwaltung der Unterdrückten darstellen, sondern lediglich für den Klientelismus der Staatsbürokratie: „Ich gebe euch heute Geld und ihr gibt mir morgen eure Stimmen.“ In dieser Situation müssen SozialistInnen die grundlegende Schlussfolgerung von Karl Marx aus der Erfahrung der Pariser Kommune verteidigen: Der bürgerliche Staat kann nicht in einen Staat der ArbeiterInnen verwandelt werden, selbst durch die wohlwollendste Regierung nicht. Er muss zersetzt und durch Organe der Arbeitermacht ersetzt werden -Gremien von gewählten und abwählbaren Delegierten, von der Basis aufwärts geschaffen.

Die Verfassungsreform

Parallel zur Gründung der PSUV versucht Chávez, die bolivariische Verfassung zu ändern, die im Jahr 1999 in einer Volksabstimmung angenommen wurde. Das offizielle Ziel dieser Reform ist die Vertiefung der Revolution und die Schaffung von Volksmacht. Doch die 33 vorgeschlagenen Änderungen wurden hinter den Rücken der ArbeiterInnen und Armen ausgearbeitet, ohne jegliche Diskussion unter den Massen oder selbst in der Nationalversammlung. Sie werden jetzt als Paket der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt, und sie kann in einer Volksabstimmung „ja“ oder „nein“ sagen. Dies ist eine typische plebiszitäre Maßnahme, um Unterstützung für das Regime zu schaffen

ohne irgendeine wirkliche Massendemokratie zu erlauben.

Die meisten Änderungen sind dazu bestimmt, Macht in der Person von Chávez zu konzentrieren. Der Vorschlag, die aktuelle Begrenzung auf zwei Amtszeiten abzuschaffen – damit könnte sich Chávez für so viele siebenjährigen Amtszeiten wählen lassen wie er möchte – ist das geringste Problem. „Oberste Befehlsgewalt“ über das Militär (einschließlich der Befugnis, Offiziere aller Ränge zu befördern) soll der Präsident bekommen, und die vorgeschlagene „Volksmiliz“ ist nichts als ein neuer Name für die Armeereserven, die unter dem Befehl der Offizierskaste und damit unter dem Befehl von Chávez stehen. Der Exekutive soll es ermöglicht werden, ohne sich von der Nationalversammlung beraten zu lassen, neue Provinzen oder Bundesgebiete zu schaffen und anschließend Vizepräsidenten zu ernennen, die über diese neuen Verwaltungseinheiten herrschen. Der Präsident soll die persönliche Kontrolle über die Zentralbank, die Geldreserven und die gesamte Staatskasse bekommen, zusätzlich zur Kontrolle über die staatliche Ölfirma PDVSA, die er jetzt schon innehat⁸.

Das Privateigentum wird durch die Verfassungsreform nach wie vor einen unantastbaren Status haben. In letzter Zeit gab es ein bisschen Dissens von chavistischen Abgeordneten in der Nationalversammlung über einen vorgeschlagenen Artikel, der es der Regierung ermöglichen würde, einen Notstand auszurufen, der die grundlegenden Rechte, die in anderen Teilen der Verfassung festgeschrieben sind, außer Kraft setzen würde. Doch diese Reformen wurden mit leichten Änderungen von der Nationalversammlung angenommen und die Massen können jetzt nur über das gesamte Paket mit „ja“ oder „nein“ entscheiden.

Das Erstaunliche an der vorgeschlagenen Verfassungsreform ist: Bei so viel konzentrierter

Macht in den Händen des Präsidenten – Wozu gibt es überhaupt noch eine Nationalversammlung? Die Vorstellung von Chávez und seinen UnterstützerInnen, wonach die Volksmacht gestärkt und die staatliche Bürokratie (durch eine Reform, die ohne die aktive Teilnahme der Massen selbst durchgezogen wurde) geschwächt wird, ist ein bisschen lächerlich.

Die einzige Möglichkeit, um die Rolle der Massen zu stärken, ist, sich selbst in unabhängigen Räten (bestehend aus Delegierten der FabrikarbeiterInnen, SlumbewohnerInnen, arme Bauern/Bäuerinnen, LandarbeiterInnen, SchülerInnen, StudentInnen und einfache SoldatInnen) zu organisieren. Diese Räte könnten, indem sie eine „Volksversammlung“ oder einen ähnlichen Kongress organisieren, der sich aus Delegierten zusammensetzt, die von den Massen gewählt und ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig sind, den Kampf für die Schaffung einer Arbeiterregierung und die Enteignung der KapitalistInnen führen. Diese Form der Massendemokratie, der Selbstverwaltung durch die Unterdrückten, ist ein Grundpfeiler des Sozialismus – und genau das lehnt das Chávez-Regime komplett ab.



Wie die PSUV funktioniert

Die Basis für den Beitritt zur PSUV ist die Unterstützung der Verfassungsreform und dieses diffusen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Entsprechend ist die Mitgliedschaft der Partei nicht auf ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und Arme aus den Städten beschränkt. Als Chávez das Projekt vorstellte sagte er: „*Ich lade die ArbeiterInnen, die Hausfrauen, die Fachmänner, TechnikerInnen und die nationalistischen UnternehmerInnen ein, ein einheitliches politisches Instrument zu bilden.*“⁹ Sein „venezolanischer Sozialismus“ beinhaltet keine besondere Rolle für die ArbeiterInnenklasse. Wie

er im Fernsehen erklärte, sei Marxismus „eine dogmatische These, die aus der Mode ist und der heutigen Realität nicht entspricht.“ Er meint weiterhin, dass „die These, dass die ArbeiterInnenklasse der Motor des Sozialismus oder der Revolution sein soll, veraltet“ sei ¹⁰.

Die PSUV zählt in ihren Reihen den neu geschaffenen „Verein sozialistischer Unternehmer Venezuelas“ (AESV) ¹¹, der vom ehemaligen Vorsitzenden der Partei „Demokratische Aktion“ (AD) ¹² geleitet wird. Weitere prominente PSUV-Mitglieder in diesem Verein sind Bankiers, TextilfabrikantInnen und bekannte ehemalige FunktionärInnen beider ehemals herrschenden Parteien ¹³.

Nichtsdestotrotz haben sich bis zu sechs Millionen Menschen (aus einer Gesamtbevölkerung von 24-27 Millionen in Venezuela) für die PSUV eingeschrieben. Nur etwa 900.000 von diesen sechs Millionen Mitgliedern – rund 15% – haben gemäß den offiziellen Zahlen jemals an einem Parteitreffen teilgenommen.

Die plötzliche Erscheinung dieser Massenpartei kann nicht einfach durch die große Beliebtheit Chávez' unter den Armen des Landes erklärt werden. Es ist ein Zeichen, dass ein massiver Apparat am Start ist, nämlich große Teile des Staatsapparates. Entsprechend gab es unzählige Berichte von Staatsbeamten oder ArbeiterInnen in staatlich subventionierte Kollektive, die gezwungen wurden, sich einzuschreiben, um ihre Arbeitsplätze zu behalten.

Obwohl die Partei noch nicht konstituiert war und die PSUV noch keinen Kongress irgendeiner Art abgehalten hat, hat sie bereits eine „Disziplinarkommission“, die entscheidet, wer beitreten darf und sogar so weit gegangen ist, bekannte PolitikerInnen zum Austritt aus der Partei zu zwingen. In dieser Partei hat die „Disziplin“ – was nichts anderes bedeutet als die Unterordnung unter Chávez und seinem Staatsapparat – einen höheren Stellenwert als irgendein politisches Prinzip. Der Vizepräsident Jorge Rodríguez sagte über die PSUV im September (noch einmal: vor der Parteigründung!), dass es „keine interne Strömungen gibt, denn die zentrale Führung hat der Präsident, Hugo Chávez, inne.“ Folglich sind revolutionär-sozialistische Gruppen, die der PSUV als politische Tendenz beitreten wollten, daran gehindert worden ¹⁴.

Doch die eiserne Kontrolle über diese „revolutionäre Partei“ reicht nicht. Im September griff Chávez in einer Rede die Autonomie der Gewerkschaften Venezuelas an. Absurderweise hat er sich dabei auf Rosa Luxemburg berufen: während sie argumentierte, dass Gewerkschaften nicht apolitisch sondern von sozialistischen Parteien geführt sein sollten, übersetzte das Chávez in die Notwendigkeit für Gewerkschaften, sich seinem (kapitalistischen) Staat zu unterwerfen.

Die Schattenbourgeoisie

Unterstützerinnen von Chávez werden fragen: Wenn dies ein bürgerliches Regime ist, warum trifft es auf so harten Widerstand von der Bourgeoisie? Die Mehrheit der venezolanischen Bourgeoisie unterstützt die Opposition gegen Chávez. In einem halbkolonialen Land wie Venezuela, ist die Herausbildung der Produktivkräfte und damit auch der Bourgeoisie von Anfang an gehemmt worden, durch die Vorherrschaft imperialistischen Kapitals in allen Sektoren der Wirtschaft. In dieser Situation nimmt der Staatsapparat – die Verwaltungsbürokratie und die Armee – eine besondere Rolle ein.

Manchmal ist ein halbkolonialer Staat komplett unterwürfig dem Imperialismus gegenüber und verkauft die Reichtümer des Landes so schnell wie möglich. Doch es kann ein Regime an die Macht kommen, das das Ziel verfolgt, das beherrschte Land unabhängiger zu machen, um einen größeren Anteil des Reichtums, das die imperialistischen Länder aus dem Land abziehen, dort zu behalten. Um Druck gegen ihre imperialistischen HerrscherInnen zu schaffen, müssen solche Regimes die Massen der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen mobilisieren, und dafür greifen sie antiimperialistische und sogar antikapitalistische Slogans auf. Oftmals machen diese „Caudillos“ kleine Zugeständnisse, um die Misere der Massen zu mindern (denken wir an die wohltätige Arbeit von Evita Peron!), doch ihre Politik stellte den Privatbesitz an Produktionsmitteln nie in Frage.

Die Bourgeoisie eines halbkolonialen Landes ist viel zu schwach und hat viel zu viel Angst vor den arbeitenden Massen, um einen Kampf zu führen, damit ein größerer Anteil des Reichtums, das durch die Ausbeutung der ArbeiterInnen und Bauern/

Bäuerinnen geschaffen wird, im Lande bleibt. Deswegen übernehmen nationalistische Intellektuelle und Militäroffiziere (und Chávez ist beides) die Führungsrolle. Dabei formen sie die nationale Bourgeoisie um, oftmals gegen den empörten Widerstand von wichtigen Sektoren der herrschenden Klasse. Dies ändert jedoch keineswegs den bürgerlichen Charakter ihres historischen Projektes. Der Staatsapparat wird zu einer Art „Schattenbourgeoisie“, die eine schmerzhaft aber notwendige Restrukturierung der herrschenden Klasse durchzieht, damit sie ihren Reichtum in Zukunft weiter vermehren kann. Langsam entsteht die so genannte „Bolibourgeoisie“, neue bürgerliche Sektoren, die sich dem bolivarianischen Staat angepasst oder ihr Reichtum durch Chávez' klientelistische Projekte bekommen haben.

Doch längst nicht die gesamte venezolanische Bourgeoisie hat sich für das „bolivarische“ Projekt begeistert. Viele waren glücklich in der Unterordnung unter dem US-Imperialismus und lebten gut von Provisionen ausländischer Ausbeuterinnen. Daraus erklärt sich der verbitterte Widerstand gegen das chavistische Projekt durch die Unternehmerverbände, die großen Medien, die Kirche und die Offizierskaste.

Basierend auf Leo Trotzki's Einschätzung der Cardenas-Regierung in Mexiko in den 30ern, könnte das Regime in Venezuela als „semibonapartistisch“ eingestuft werden. Ein solches Regime balanciert zwischen den sich bekämpfenden Klassen, stützt sich manchmal auf die Bourgeoisie und manchmal auf die mobilisierten ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen. Dabei gewinnt es den Schein der Autonomie von allen Klassen und konzentriert unheimliche Macht in den Händen der staatlichen Exekutive. Für die ArbeiterInnenklasse bedeutet das eine unregelmäßige Mischung aus Mobilisierungen und Repression: das sprichwörtliche Zuckerbrot und Peitsche.

Für eine revolutionäre Partei

Chávez' Driften nach links ist ein Produkt zunehmender Kämpfe und Organisationsprozesse der Massen. Der wichtigste von diesen Prozessen ist die Bildung eines neuen Gewerkschaftsdachverbandes, nachdem die alte, gelbe Gewerkschaft CTV sich 2002 am Putschversuch beteiligt hatte. Die Nationale Arbeiterunion (UNT) wurde 2003 gegründet und wuchs schnell, bis sie über eine Million Mitglieder hatte, während die CTV praktisch verschwand.

Linke Mitglieder der UNT-Führung, die sich in der Gewerkschaftsströmung „Klassenkämpferische, Vereinigte, Revolutionäre, Autonome Strömung“ (C-CURA) zusammengeschlossen hatten, gründeten eine eigene politische Partei, die Partei für Revolution und Sozialismus (PRS) im Juli 2005. Obwohl die Führungsfiguren bekannte GewerkschafterInnen wie Orlando Chirino und Stálin Pérez Borges (beide Nationale Koordinatoren der UNT mit trotzkistischem Hintergrund), wuchs die PRS nur langsam. Die Führung widmete sich nicht ernsthaft dem Aufbau eines politischen Projekts neben der C-CURA und, besonders wichtig, kämpfte nicht für die politische



Orlando Chirino

Unabhängigkeit der ArbeiterInnen gegenüber dem chavistischen Establishment, z.B. in Form von ArbeiterkandidatInnen bei Wahlen.

Die PRS war oft kritisch gegenüber Chávez, aber hat chavistische KandidatInnen bei Wahlen unterstützt – bei den letzten Präsidentschaftswahlen ging sie soweit, ein Wahlbündnis mit der plebejisch-populistischen „Volkseinheit Venezuelas“ (UPV) zu bilden, um Chávez zu unterstützen.

Mit der Bildung der PSUV hat sich die PRS gespalten. Ein Flügel um Stálin Pérez Borges, ging als lose Strömung in die PSUV: Zeitschrift, „Marea Clasista y Socialista“ (Klassenkämpferische und Sozialistische Flut) als „Zeitung von Anwärtern auf Mitgliedschaft in der PSUV“. Selbstverständlich

wurden sie daran gehindert, der neuen Partei in organisierter Form beizutreten – das „Aufbaukomitee“ und die „Disziplinarkommission“ entscheiden über solche Regeln, obwohl die Partei kein Programm und kein Statut hat.

Stálin Pérez Borges und seine GenossInnen, als bekannte GewerkschaftsführerInnen, haben den fatalen Fehler gemacht, einer Partei beizutreten, die KapitalistInnen und den Arbeitsminister in ihren Reihen zählt. Das grundlegende Prinzip der International Workers of the World, „die ArbeiterInnenklasse und die besitzende Klasse haben nichts gemeinsam“¹⁵, gilt in Venezuela im Jahr 2007 noch genauso wie in den USA 100 Jahre davor. Was werden die „TrotzkistInnen“ in der PSUV machen, wenn „ihre“ Partei und „ihre“ Regierung die Autonomie der Gewerkschaften angreifen, ArbeiterInnen im staatlichen Sektor Kollektivverträge ver-

weigern, usw.?

Ein anderer Flügel um Orlando Chirino blieb außerhalb der PSUV, hat aber sehr wenig getan, um die PRS aufzubauen: Tatsächlich scheint auch die Restpartei verschwunden zu sein. Als Teil einer Debatte innerhalb der C-CURA über die Verfassungsreform und die PSUV, schrieb Chirino:

„Sie stellt das Privateigentum überhaupt nicht in Frage. Unser Arbeitsertrag, der Mehrwert, den wir als Arbeiter schaffen, wird durch die Minderheit der Unternehmer angeeignet oder im günstigsten Fall durch einen Staat, der die Produktionsmittel vom Standpunkt des Kapitalismus aus verwaltet. Die wirkliche Machtausübung wird nicht den mobilisierten Massen übertragen, damit sie grundlegende Entscheidungen zur Verwandlung des Landes treffen können. Jetzt besteht die Möglichkeit, dass multinationale Konzerne die juristischen Rechte auf den Boden,

Infokasten: Trotzkistische Strömungen mit Mitgliedern in Venezuela

Die **Internationale Marxistische Tendenz** (IMT) hat eine Sektion in Venezuela, die hauptsächlich aus StudentInnen besteht, El Militante. Sie weigern sich, das chavistische Projekt zu kritisieren – oder überhaupt seinen Klassencharakter zu analysieren –, da sie ArbeiterInnen im Rahmen des Chavismus mobilisieren wollen. Folglich stellen sie die Verfassungsreform als Schritt hin zum Sozialismus dar und werfen jede/n, der/die sich nicht in die PSUV hineindrängen lässt, „Sektierertum“ vor.

Die **Internationale Arbeiterunion** (UIT) war der politische Hauptsponsor der PRS-Führung, auch wenn sie keine formale Sektion in Venezuela hatte. Nach der Spaltung der PRS gibt sie (und die MST aus Argentinien, die aus unbekanntem Gründen nicht mehr Teil der UIT

ist) die wichtigste internationale Unterstützung für die Gruppe um Stálin Pérez Borges, die in die PSUV eingetreten ist.

Das **Komitee für eine Arbeiterinternationale** (CWI) hat einzelne Mitglieder in Venezuela. Die Position des CWIs zur PSUV ist schwammig, sie sagen, CWI-Mitglieder „werden nicht nicht beitreten“ und stellen es als Möglichkeit dar, dass die PSUV „vollständig demokratisch, mit einer aktiven Basis und einem revolutionär-sozialistischen Programm“ sein könnte²⁴.

Die **Internationale Arbeiterliga -Vierte Internationale** (LIT-CI) hat gerade eine Sektion in Venezuela gegründet, die Sozialistische Arbeiterunion (UST). Die UST erklärte, ganz richtig: „Wir sind Arbeiter und deswegen gehen wir nicht in die PSUV.“ Die LIT-CI, die in ihrer Ge-

sellschaftliche Projekte von mehr als einem Jahrzehnt betrieben hat, veröffentlichte einen Artikel darüber, „warum der Eintritt in die PSUV nicht das Gleiche ist wie der Eintritt in die brasilianische PT in den 80ern“.

Die **Trotzkistische Fraktion -Vierte Internationale** (FT-CI) hat eine kleine Sektion in Venezuela, die hauptsächlich aus StudentInnen besteht, die Jugend der revolutionären Linken (JIR). Sie beteiligten sich an der PRS aber bildeten eine öffentliche Fraktion „für echte Klassenunabhängigkeit“, als die Parteiführung fast unkritische Unterstützung für Chávez gab. Sie rufen zu einer „großen Bewegung für eine unabhängige Partei der Arbeiter auf“ und schlagen eine internationale Kampagne für Klassenunabhängigkeit in Venezuela vor.

auf die Gewässer, auf unsere natürlichen Ressourcen durch gemischte Unternehmen haben werden. Die bürgerliche Justiz bleibt bestehen, die Verwaltung von dieser bleibt in den Händen der Kapitalisten und wird die Ausbeuter und die Diebe in weißen Hemden weiter begünstigen. Die Verteidigung der Revolution wird in den Händen einer Berufarmee bleiben und nicht der bewaffneten Massen, die trainiert werden, um sich selbst gegen die Feinde der Massen und der Revolution zu wehren.“¹⁶

In einem anderen Artikel stellt Chirino die Alternative dar, die die ArbeiterInnenklasse nötig hat: „Wir ArbeiterInnen müssen eine einzige Schlussfolgerung ziehen: Unser Platz ist nicht in der PSUV, wir müssen unseren eigenen Raum, unsere eigene Arbeiterpartei schaffen. Eine Partei, die die Autonomie der Gewerkschaften verteidigt, die die ArbeiterInnen zur Verteidigung ihrer Rechte mobilisiert, die wirklich mit den Unternehmen und den multinationalen Konzernen bricht, die für die Enteignung und Vergesellschaftung der Produktionsmittel, des Besitzes der Großgrundbesitzer, der Handelsketten und Banken kämpft. Das ist Sozialismus. Alles andere ist nur der Versuch, den Kapitalismus zu verschönern. Wir wollen keine Partei, die nur von der Kritik an der Regierung lebt, wir wollen eine Partei, die für die Machtergreifung und eine Regierung der Arbeiter kämpft.“¹⁷

Diese Statements sind absolut richtig. Trotz des massiven Drucks, der PSUV beizutreten, der eine ganze Schicht von dem Chavismus gegenüber kritischen AktivistInnen hineingedrängt hat, laufen Diskussionen innerhalb der organisierten ArbeiterInnenbewegung Venezuelas über die Notwendigkeit eines unabhängigen „politischen Instruments“ oder einer Partei der ArbeiterInnenklasse. Solche Initiativen müssen von RevolutionärInnen vorangetrieben werden, besonders weil die ArbeiterInnenklasse Venezuelas noch nie über eine eigene Massenpartei verfügte.

Die Debatten über die Bildung eines solchen „Instruments“ oder einer solchen Partei bieten revolutionären Kräften eine außerordentliche Gelegenheit, ihr Programm einem breiten Publikum vorzustellen und können und unter bestimmten Bedingungen, zur Bildung einer revolutionären Massenpartei führen. Doch nur, wenn die Lehren aus dem Scheitern der PRS gezogen werden: Es ist zentral, dass jede ArbeiterInnenpartei, die den Sozialismus als Ziel hat, konsequent für die Unabhängigkeit vom bürgerlichen Staat kämpft.

Beitreten oder nicht beitreten?

Chávez rief alle Parteien, die aktuell seine Regierung unterstützen, dazu auf, sich aufzulösen und der PSUV beizutreten. Doch die sozialdemokratischen Parteien „Vaterland für alle“ (PPT), „Podemos“ und die Kommunistische Partei Venezuelas haben sich geweigert. Chávez und seine UnterstützerInnen werfen diesen Parteien vor, nur an Regierungsposten und Privilegien interessiert zu sein. Doch die PCV, sich auf die stalinistische Tradition der Klassenzusammenarbeit stützend, kann in ihrer begeisterten Unterstützung für die „bolivarische Revolution“ kaum übertroffen werden: Sie ruft zur Bildung einer „antiimperialistischen Front“ zusammen mit der PSUV und „patriotischen“ Sektoren der Bourgeoisie auf.

Doch wie ihr Generalsekretär Oscar Figuera erklärte: „Wir sind der PSUV nicht beigetreten, denn sie ist eine polyklassistische (d.h. Mehrklassen-)Partei, in der Unternehmer, Besitzer, Arbeiter und andere soziale Schichten einschließlich Sektoren, die nicht sozialistisch sind, zusammen leben, und wir haben eine sehr gut definierte Klassenposition. Wir sind die Partei der Klasse der ArbeiterInnen und Werktätigen.“¹⁸

Es ist enttäuschend, dass eine stalinistische Partei solche grundlegende marxistische Positionen verteidigen kann, während es kaum trotzkistische



die PCV-Spitze

Gruppen oder AktivistInnen in Venezuela gibt, die bereit sind, einen prinzipiellen Widerspruch (und nicht nur eine taktische Einwand) gegen eine Mehrklassenpartei vorzulegen¹⁹.

Ohne Zweifel müssen RevolutionärInnen so nah wie möglich an der ArbeiterInnenklasse daran sein. KommunistInnen müssen bereit sein, in irgendeiner Massenorganisation der ArbeiterInnen (einschließlich, unter den Bedingungen faschistischer Diktatur, in den gelben „Gewerkschaften“ der FaschistInnen) zu arbeiten, um Arbeiterkämpfe mit dem wissenschaftlichen sozialistischen Programm zu verbinden. Durch die Geschichte hinweg waren MarxistInnen immer in der ersten Reihe als die ArbeiterInnenklasse ihre eigenen politischen Bewegungen und Parteien gebildet hat, selbst wenn diese keine revolutionäre Orientierung hatten. Aus diesem Grund sprechen sich verschiedene trotzkistische AktivistInnen in Venezuela und international dafür aus, in die PSUV einzutreten. Doch ist die PSUV überhaupt eine „Arbeiterpartei“?

Zweifellos sind viele der PSUV-Mitglieder ProletarierInnen. Doch der Klassencharakter einer Partei wird nicht in erster Linie durch die Mitglieder bestimmt, selbst wenn die große Mehrheit ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen sind. Die herrschenden Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft sind zahlenmäßig unbedeutend, so dass selbst eine durch und durch bürgerliche Partei eine Mehrheit von ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen unter ihren Mitgliedern und WählerInnen zählen wird.

Trotzki erklärte, dass der Klassencharakter einer Partei nicht durch 99% der Mitglieder definiert wird, sondern durch die Führung und durch die Klasseninteressen, die die Partei verteidigt. Wie oben erklärt wurde, dienen die „bolivarische Revolution“ und die PSUV einem Teil der venezolanischen Bourgeoisie, die eine stärkere Position im Verhältnis zum US-Imperialismus anstreben. Sie soll die Massen organisieren und mobilisieren, um dieses Projekt durchzusetzen. In diesem Sinne ist die PSUV keine Arbeiterpartei. Sie wurde nicht durch die Aktivität der ArbeiterInnenklasse sondern durch Chávez und die staatliche Bürokratie initiiert. Die PSUV ist demnach eine plebejisch-populistische Partei.

Die Grenzen des Populismus

In der Geschichte Lateinamerikas finden sich unzählige Beispiele populistischer Parteien: die APRA in den 30er Jahren in Peru, die peronistische Partei in den 40er Jahren in Argentinien, die FSLN in den 70ern in Venezuela usw. usf. Nur in einem Fall führte der Sieg einer solchen Partei zur Abschaffung des Kapitalismus: auf Kuba im Jahr 1959, wegen der unaufhörlichen Angriffe des US-Imperialismus. Fidel Castros bürgerlich-nationalistische M-26-J wurde gezwungen, eine stalinistische Partei zu bilden und die KapitalistInnen zu enteignen. Eine Planwirtschaft wurde etabliert, jedoch kam das ohne eine Arbeiterrevolution zu Stande und es fehlten irgendwelche Organe der Arbeitermacht²⁰. In allen anderen Fällen sind diese Parteien, die an die Macht gekommen sind mit Versprechungen, den Imperialismus zu bekämpfen und den Kapitalismus zu beenden, bei ihren erklärten Zielen gescheitert. Entweder wurden sie selbst zu AgentInnen der Weltbank und des IWFs oder sie wurden durch jene „patriotischen“ Militäroffiziere und StaatsbürokratInnen gestürzt, in die sie so viel Vertrauen investiert hatten.

Für revolutionäre KommunistInnen ist es von zentraler Bedeutung, diese Strömungen nicht nur richtig zu analysieren sondern auch, richtige Taktiken zu entwickeln, um ihre UnterstützerInnen aus der ArbeiterInnenklasse für eine unabhängige, proletarische Partei mit einem revolutionären Programm zu gewinnen, wenn sie über Einfluss über große Teile der ausgebeuteten Bevölkerung verfügen. Denn nur eine solche Partei vermag den Kampf für die Enteignung der Produktionsmittel und die Zerschlagung des kapitalistischen Staates, was der erste Schritt im Übergang zum Sozialismus darstellt.

Im Allgemeinen müssen RevolutionärInnen Gelegenheiten finden, um gemeinsam mit den Mitgliedern dieser Parteien in einer Einheitsfront zu kämpfen, ohne irgendeine Kritik an deren Führungen fallen zu lassen, um die Überlegenheit des revolutionären Programms in der Praxis zu zeigen. Doch unter keinen Umständen darf ein zentrales Prinzip des Marxismus verworfen werden – nämlich die Notwendigkeit einer unabhängigen proletarischen Organisation – in dem ArbeiterInnen aufgerufen werden, diese bürgerlichen Parteien

zu wählen oder in sie einzutreten ²¹.

Über die APRA, eine fortschrittliche bürgerliche Partei in Peru mit großer Unterstützung in der ArbeiterInnenklasse, schrieb Leo Trotzki im Jahr 1938: „Eine Zeitlang konnte ich mir kein klares Bild über das Programm der APRA machen. Doch der neuste Brief vom Chef dieser Partei ist klar. Es ist eine Volksfront-Partei. Eine Volksfront ist in der Partei inbegriffen, wie in jeder Vereinigung dieser Natur. Diese Führung ist in den Händen der Bourgeoisie und die Bourgeoisie fürchtet sich vor ihren eigenen ArbeiterInnen. Deswegen hat diese Partei, selbst wenn sie stark genug ist, die Macht für die Revolution zu übernehmen, Angst davor, diesen Weg einzuschlagen. Sie hat weder den Mut noch die Klasseninteressen, um die Bauernschaft und die ArbeiterInnen zu mobilisieren, sie ersetzt sie mit militärischen Manövern und direkter Intervention durch die Vereinigten Staaten. Natürlich können wir nicht in eine solche Partei eintreten, auch wenn wir dort einen Kern aufbauen können, um ArbeiterInnen zu gewinnen und sie von der Bourgeoisie zu brechen. Doch unter keinen Umständen sollen wir die Idiotie Stalins mit der Kuomintang in China wiederholen.“ ²²

Die Formel des „Kerns, um ArbeiterInnen zu gewinnen und sie von der Bourgeoisie zu brechen“ ist genau die Taktik, die venezolanische KommunistInnen brauchen, um das Phänomen der plebejischen Partei zu begegnen, die Hunderttausende ArbeiterInnen organisiert, die den Kapitalismus abschaffen wollen, jedoch in dem Glauben verfangen sind, dass ihr „Máximo líder“ das für sie erledigen wird. Eine revolutionäre Organisation kann Kader in einen solchen Verband hineinschicken, um an den Debatten teilzunehmen und zu versuchen, ArbeiterInnen vom Chavismus zu brechen, doch sie muss in Form einer unabhängigen Struktur vollständige Kritik – und Aktionsfreiheit bewahren. Selbstverständlich wird es unmöglich sein, ArbeiterInnen von einer solchen Partei

zu brechen, so lange RevolutionärInnen nicht von Anfang an ihren prinzipiellen Widerspruch gegen eine solche Mehrklassenpartei klar machen.

Keine leere Flasche

Am Anfang dieses Artikels wurde argumentiert, dass die PSUV keine leere Flasche sei, die darauf wartete, mit „bürgerlichem“ oder „proletarischem“ Wein gefüllt zu werden. Manche könnten erwidern, dass eine solche Einschätzung „fatalistisch“ sei, da die große proletarische Basis sich innerhalb der neuen Partei behaupten könnte. Doch darauf antwortete Trotzki, in einer Schrift über die chinesische Kuomintang, folgendermaßen:

„Die Notwendigkeit, in die Kuomintang einzutreten, wurde verteidigt, in dem man vorgab, dass die Partei aufgrund ihrer sozialen Zusammensetzung die Partei der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen war; dass neun Zehntel der Kuomintang der revolutionären Strömung angehörten und bereit waren, zusammen mit der Kommunistischen Partei zu marschieren. Bekanntlich ist die bürgerliche Gesellschaft so aufgebaut, dass die nicht besitzenden Massen, unzufrieden und betrogen, unten sind, während die Betrüger oben sind. Jede bürgerliche Partei ist auf dieser Art aufgebaut, sofern sie wirklich eine Partei ist, d.h. sofern sie die Massen in beachtlichem Maß erfasst. In einer Gesellschaft, die in Klassen aufgeteilt ist, gibt es nichts mehr als eine Minderheit der Ausbeuter, Betrüger, Profiteure. In diesem Sinn muss jede kapitalistische Partei, in irgendeiner Art und Weise, in ihren internen Verhältnissen die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft reproduzieren und widerspiegeln. Deswegen wird in jeder bürgerlichen Massenpartei die Basis „demokratischer“ und „linker“ sein als die Spitze. Doch die Spitze der Kuomintang ist die Seele der Kuomintang, ihr soziales Wesen.“

Trotzki fügte hinzu: „Die Kuomintang nicht als bürgerliche Partei sondern als neutrale Arena zu be-



trachten, in der man Seite an Seite mit den Massen kämpfen kann – über die neun Zehntel an der Basis zu reden, um die Frage zu verschleiern, wer der Herr des Hauses ist – bedeutet, die Stärke und die Macht der Spitzen zu konsolidieren. Sie [die StalinistInnen] glaubten, dass durch einfache Neuwahlen auf dem Kongress der Kuomintang die Macht von den Händen der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats wechseln würde. Kann man sich eine berührender, eine idealistischere Hingabe zur „Parteidemokratie“ vorstellen, wenn wir es mit einer bürgerlichen Partei zu tun haben? Die Armee, die Bürokratie, die Presse und das Kapital sind in den Händen der Bourgeoisie, und das ist genau was uns versichert, dass das Lenkrad der Partei ebenfalls in ihren Händen bleibt. Mit diesen gewaltigen Mitteln behält die obere bürokratische Kaste ihre Kontrolle nicht nur über die neun Zehntel der Mitglieder, die auf dem ‚linken‘ Flügel der Partei sind, sondern auch über die Massen in ihrer Gesamtheit.“²³



Die Basis und die Bürokratie

Die Parteibasis der PSUV ist noch nicht gefestigt – es ist nicht klar, wie viele der sechs Millionen Menschen, die sich eingeschrieben haben, oder der 900.000, die jemals bei einem Parteitreffen waren, tatsächlich aktiv sein werden. Aber die Parteibürokratie ist schon mehr oder weniger etabliert, da sie von den Bürokratien der staatlichen Ministerien und der alten Parteien übernommen wurde. Der Klassencharakter einer solchen Staatspartei lässt nicht leichter ändern als der Klassencharakter des Staates selber. Deshalb müssen alle Debatten über das taktische Verhältnis von RevolutionärInnen zur PSUV vom strategischen Ziel ausgehen, ArbeiterInnen von der PSUV zu brechen – und nicht, sie reinzuholen. Das Gebot der Stunde ist, „zu sagen, was ist“, anstatt Illusionen über die Möglichkeit der Verwandlung der PSUV in ein Ins-

trument der proletarischen Revolution zu stärken.

Die ArbeiterInnenklasse in Venezuela muss – und wird unvermeidlich – die Verbesserungen in Bezug auf demokratische und soziale Rechte, die unter der Chávez-Regierung errungen wurden, verteidigen. Das bedeutet auch die Verteidigung der Chávez-Regierung, wenn sie vom Imperialismus oder interner Reaktion angegriffen wird. Doch diese Verteidigung müssen sie nicht als ChavistInnen anbieten, sondern als ArbeiterInnen, deren Interessen vorübergehend mit den Interessen des bürgerlichen Regimes konvergieren. Auf dieser Art werden sie politisch darauf vorbereitet sein, gegen Chávez und seinen Staatsapparat zu kämpfen, wenn diese einen Politikwechsel oder eine wirtschaftliche Krise durchmachen und die Repressionskräfte

gegen die Arbeiterbewegung loslassen.

Der zentrale Kampf von RevolutionärInnen im Moment besteht darin, gegen Illusionen in „revolutionäre“ Militäroffiziere, „sozialistische“ Staatsbeamte und „antikapitalistische“ KapitalistInnen anzutreten – das heißt, für eine unabhängige Politik und unabhängige Organisationen der ArbeiterInnenklasse einzutreten. Die Losung der unabhängigen Politik der ArbeiterInnenklasse verliert ihre Bedeutung, wenn revolutionäre proletarische Organisationen sich auflösen, um der PSUV beizutreten. Deswegen müssen wir revolutionäre Gruppen in Venezuela unterstützen, die für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei kämpfen, doch wir können keine Kritik sparen, wenn diese Gruppen das Prinzip der Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse aufgeben.

Wladek Flakin, 11. November 2007

Dieser Artikel wurde zuerst veröffentlicht in englischer Sprache im Journal „Permanent Revolution“, Nr. 7, Winter 2007. Die deutsche Übersetzung wurde zuerst veröffentlicht auf der Seite der Gruppe für revolutionäre ArbeiterInnenpolitik (<http://www.arbeiterinnenpolitik.net>)

Fussnoten:

- Zur Übersetzung: Das Wort „people“ (bzw. „pueblo“ im Spanischen) wurde immer mit „Massen“ übersetzt, da das Wort „Volk“ im Deutschen eine viel stärkere nationale oder rassistische Konnotation hat. Eine genderneutrale Schreibweise wurde immer verwendet, außer bei Zitaten, die im Original ebenfalls nicht genderneutral waren.
1. Für weiterreichende Artikel über den Klassencharakter des bolivarianischen Projektes siehe die Literaturliste.
 2. Zitiert auf der Kampagnenseite „Hände weg von Venezuela“, <http://www.haendewegvonvenezuela.org>
 3. Rede vom 4. Juni 2007, <http://www.venezuelanalysis.com/news/2426>
 4. The Perils of Petrocracy, <http://www.nytimes.com/2007/11/04/magazine/04oil-t.html>
 5. Ambassador Bernardo Alvarez, Speech in Washington on July 25, 2007, <http://www.embavenez-us.org/news.php?nid=3616>
 6. Synergy With the Devil, http://www.newyorker.com/talk/content/articles/070108ta_talk_surowiecki
 7. siehe: Brazil's participatory budgets, <http://www.permanentrevolution.net/?view=entry&entry=1585>
 8. Für weitere Informationen über die Verfassungsreform, siehe: „Una reforma cocinada a espaldas del pueblo“, http://www.ft-ci.org/article.php3?id_article=967, oder „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ – eine Sackgasse“, Gruppe für revolutionär-marxistische ArbeiterInnenpolitik, Sozialistische Perspektive Nr. 14.
 9. Rede vom 15. Dezember 2006, www.aporrea.org/imprime/a29730.html
 10. „El debate sobre un gran partido de trabajadores“, http://www.jir.org.ve/article.php3?id_article=428
 11. Das sind die „sozialistischen KapitalistInnen“, von denen am Anfang des Artikels die Rede ist.
 12. Eine der zwei bürgerlichen Parteien, die Venezuela seit den 50er Jahren rotierend regierten.
 13. „¿Ingresar al PSUV es lo mismo que ingresar al PT brasileiro?“, <http://www.lahaine.org/index.php?blog=3&p=23010>
 14. „Sin Corrientes pero con Tendencias“, el 20% del PSUV elegirá voceros, <http://www.aporrea.org/medios/a40728.html>
 15. Statut der Industrial Workers' of the World, <http://www.marxists.org/history/usa/unions/iww/undated/delegate.htm>
 16. UNT leader argues against PSUV, <http://www.permanentrevolution.net/?view=entry&entry=1688>
 17. „Nuestro lugar no está en el PSUV“, http://www.mas.org.ar/periodicos/per_108/070816_11_chirino.htm
 18. „En nuestra historia hemos tenido aciertos y errores“, http://www.jotaceve.org/index.php?option=com_content&task=view&id=765&Itemid=1
 19. Es gibt schon kleinere Gruppen wie die UST/LIT-CI und die JIR/FT-CI.
 20. Die Abschaffung des Kapitalismus ohne eigenständige Aktivität durch die ArbeiterInnenklasse war nur möglich durch die Unterstützung und unter der Führung der herrschenden Bürokratie in der Sowjetunion. Die veränderte Außenpolitik der UdSSR war einer der Gründe, warum dieses Phänomen sich nicht wiederholte, als 1979 in Nicaragua die FSLN an die Macht kam (d.h. sie haben die Wirtschaft nicht grundlegend geändert). Jetzt, wo die ehemaligen degenerierten Arbeiterstaaten zusammengebrochen sind oder den Kapitalismus wieder eingeführt haben, gibt es kaum die Möglichkeit, dass eine linkspopulistische Partei den Kapitalismus überwindet.
 21. Revo Germany hat sich für eine kritische Wahlunterstützung für Chávez bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 ausgesprochen, da es keine ArbeiterkandidatInnen gab (siehe REVOLUTION Nr. 21), aber seit dann haben wir unsere Position geändert.
 22. León Trotsky, Escritos Latinoamericanos, Buenos Aires 2007, p. 125.
 23. Dieses Zitat basiert auf eine gekürzte Weitergabe in einem spanischsprachigen Artikel. Eine englische Übersetzung des Originaltextes befindet sich hier: <http://www.zhongguo.org/trotsky/revbetrayed/images/China/31.htm>
 24. <http://www.socialistworld.net/eng/2007/10/30veneza.html>

Eilig entscheiden, gemächlich bereuen

Erwiderung zur Charakterisierung der PSUV

Für Permanent Revolution erklärt Stuart King, wir sollten nicht vorschnell über die Natur der PSUV urteilen (eine Antwort auf den vorigen Artikel)

Wir stimmen mit einem Großteil der Analyse des Genossen Flakin über die Natur der Regierung von Hugo Chávez überein. Doch Probleme tauchen auf, wenn der Genosse von dieser Analyse wekommt und eine politische Charakterisierung der PSUV vornimmt. *„Eine Analyse der PSUV ist, im Gegensatz zu den meisten neuen Parteien, erstaunlich leicht: die PSUV wird unüblicherweise als Regierungspartei gegründet. Insofern muss mensch nicht darüber spekulieren, welche Politik diese Partei an der Macht betreiben würde...“*

Die Annahme, dass eine Partei, die gerade eben gegründet wurde, für die sich sechs Millionen UnterstützerInnen eingeschrieben haben, die in den letzten sechs Monaten mehr als eine Million Mitglieder in ihre Aktivitäten einbezogen hat, eine fertig geformte „Volksfront-Partei“ sei, ist extrem übereilig. Erst jetzt trifft sie sich für ihren ersten Kongress, um das Programm, die Strukturen und die Führung zu diskutieren, und es ist ein vorschnelles Urteil wenn mensch sagt, dass sie bereits der Verteidigung des Kapitalismus und der gemischten Wirtschaft verpflichtet ist.

Die PSUV wird auf der Basis überwältigend „plebejisch“ sein. Ihre organisiertesten und klassenbe-

wusstesten Teile werden die organisierten ArbeiterInnen (UNT) und Bauern/Bäuerinnen sein, es wird tausende KooperativistInnen und KleinhandwerkerInnen (KleinbürgerInnen) und natürlich auch kleine und nicht so kleine UnternehmerInnen (Bourgeoise) Mitglieder werden. Politisch wollen die „ChavistInnen“ und ihre stalinistische MitläuferInnen, die die Partei dominieren werden, sicherlich dass sie eine „Volksfront-Partei“ wie die Aprista Partei oder die PRI wird. Aber es wird auch Menschen geben, die dagegen kämpfen – Teile der UNT zum Beispiel.

Es gibt drei mögliche Richtungen, wie die PSUV sich entwickeln könnte, keine davon ist festgeschrieben, alle sind vom Einfluss des Klassenkampfes und vom aktiven Eingreifen von RevolutionärInnen abhängig. Die PSUV könnte eine revolutionäre Arbeiterpartei, eine reformistische bürgerliche Arbeiterpartei (wie die brasilianische PT) oder eine radikal-nationalistische Partei (wie die Partei der mexikanischen Revolution - PRM, später PRI - in den 30er Jahren) werden.

Die unwahrscheinlichste Option ist die erste, wegen der Schwäche der revolutionären Linken und des Opportunismus gegenüber Chávez, den

einige Teile der extremen Linken in Venezuela wie die IMT/El Militante vertreten. Die wahrscheinlichste Entwicklung, angesichts der überwältigenden politischen Dominanz von Chávez, ist die dritte.

Der historische Kontext, in dem sich eine Partei entwickelt, ist wichtig, weshalb wir die argentinischen PeronistInnen nicht als bürgerliche Arbeiterpartei charakterisieren, obwohl sie eine Basis in der Arbeiterklasse haben und Gewerkschaften ihrer Partei angeschlossen sind. In Venezuela konnten wir eine beachtliche Periode von zugespitzten Klassenkämpfen beobachten: die vorrevolutionäre Situation um den Putsch herum, der Kampf gegen die Aussperrung durch die Bosse und der Wachstum einer neuen, massenhaften Gewerkschaftsbewegung - der UNT. Unter diesem Druck bewegte sich Chávez nach links und hat sich öffentlich zum Sozialist erklärt. Er hat entschieden, er braucht eine Massenpartei mit einer Basis in der Arbeiterklasse, die bewusst antiimperialistisch ist. Eine solche Partei wird gebraucht, um die Bevölkerung gegen Bedrohungen von innen zu mobilisieren - gegen die pro-imperialistischen und neoliberalen Oppositionsparteien - und von außen - gegen Interventionen vom

US-Imperialismus und seinen AgentInnen. Er hat entschieden, dass seine eigenen Partei (die MVR) und die anderen bolivarianischen Koalitionsparteien (alle klein, und oft korrupt) diesen notwendigen Schritt nach links nicht widerspiegeln, und hat begonnen, eine neue Partei aufzubauen.

Wie interveniert mensch in diese Entwicklung? Ich würde sagen, dass alle RevolutionärInnen in Venezuela die Chance ergreifen sollten, um sich mit den Massen auseinanderzusetzen, die dieser neuen Partei beitreten und über ihr Programm und die Zukunft Venezuelas diskutieren. Wir würden sagen: „Es ist wunderbar, dass Präsident Chávez sich zum Sozialist erklärt hat, aber welche Art von

Sozialismus wollen wir? Soll die neue Partei einen Kapitalismus mit gemischter Wirtschaft verteidigen, mitsamt der Ausbeutung und der Ungleichheit, die dazu gehören?“ Warum haben wir AusbeuterInnen in dieser Partei? Wir sollen für das Ende des Kapitalismus, der Ungleichheit kämpfen.“ Solche Argumente würden zweifellos auf Wiederhall an der Basis der neuen Partei stossen.

Sicherlich wurde die PSUV, im Gegensatz zur britischen Labour Party oder zur brasilianischen PT, die von unten durch SozialistInnen und GewerkschafterInnen gebildet wurden, von oben durch die Regierung initiiert, und deswegen ist es wahrscheinlicher, dass die Partei sich in die Richtung einer mexikanischen PRI oder einer an den Peronismus angelehnten Partei entwickelt. Doch das ist wieder eine Frage des Kampfes. RevolutionärInnen sollen den ArbeiterInnen in der PSUV erklären, warum das Arbeitsministerium dem Befehl der Partei und nicht die Partei dem Befehl der Staatsbürokratischen unterliegen sollte.

Sie sollen versuchen, BefehlshaberInnen und OffizierInnen aus der Partei zu halten und stattdessen für eine Partei mit Wurzeln in den Betrieben und Stadtvierteln kämpfen - eine demokratische,

Bottom-Up-Partei und keine Top-Down-Partei. Und es gibt guten Grund zu glauben, dass solche Argumente mit Wohlwollen aufgenommen würden, da die überwältigende Mehrheit der Mitglieder aus den arbeitenden Massen stammt - viele mit Erfahrungen des Kampfes gegen StaatsbürokratInnen.

Doch was ist, wenn die PSUV schnell das Programm der Chávez-Regierung übernimmt, ein Programm, das einen Kapitalismus mit gemischter Wirtschaft verteidigt, allerdings mit einem Wohlfahrtssystem der Umverteilung? Chávez wird sich bemühen, „patriotische UnternehmerInnen“ reinzuholen, die bereit sind, ein solches Programm mit zu tragen, und wird ihnen einen wichtigen



ein Chávez-Gegner

Platz in der Partei zuweisen – egal ob sie sich „sozialistische KapitalistInnen“ nennen oder nicht.

Können RevolutionärInnen in einer solchen „Volksfront-Partei“ bleiben? Offensichtlich hat Trotzki keinen prinzipiellen Grund gesehen, nicht in solchen Parteien zu arbeiten, wo es möglich ist, einen Kampf zu führen, um ArbeiterInnen von solcher Klassenzusammenarbeit zu brechen – wie seine Unterstützung für den Aufbau eines „revolutionären Kerns“ in der APRA zeigt. Was er vollständig ablehnte war die opportunistische Politik, die unabhängige Tätigkeit einer kommunistischen Partei innerhalb von Volksfront-Parteien, wie Sinowjew und Stalin ab 1923 der chinesischen Partei befahlen.

Er hat die politische Logik hinter dieser Entscheidung ganz klar abgelehnt, nämlich die Idee, dass ein Chiang Kai-shek (oder ein Hugo Chávez) eine Partei anführte, in der sich alle Klassen zusammen schließen könnten um den Imperialismus zu schlagen – eine Idee, die zum Massaker an den chinesischen KommunistInnen durch die KMT im Jahr 1927 führte.

Wie wir auf unserer Website erklärt haben, waren wir gegen den Beitritt der UNT zur Partei. Orlando Chirino lag absolut richtig mit der Aussage, die UNT soll sich davor hüten, in eine staatliche gesponserte Partei einbezogen zu werden, wo der Präsident sich bereits gegen die „Autonomie“ der Gewerkschaften ausgesprochen hat. Gewerkschaften sind keine politischen Parteien und können deshalb keine politischen Kämpfe aufnehmen, die notwendigerweise von kurzer Dauer sein könnten und in Ausschlüssen münden müssten.

Nichtsdestotrotz hat die UNT im September beschlossen, der PSUV beizutreten, was Chirino in der Frage isoliert ließ. Das bedeutet, dass die große Mehrheit der militanten ArbeiterInnen und ihre

Organisationen jetzt Teil der PSUV sind. Das macht es noch wichtiger, dass RevolutionärInnen neben ihnen innerhalb der Partei kämpfen. Und wie der Genosse Flakin erwähnt, ist es möglich im Moment, lose Plattformen um Zeitschriften innerhalb der PSUV zu bilden, wie die Gruppe um Stálin Pérez Borges zeigt. Wie lange dieser demokratische Raum offen bleibt, ist eine andere Frage.

Es gibt zwei Gefahren für die Linke in Venezuela: die Hauptgefahr besteht darin, in Opportunismus zu fallen, der PSUV beizutreten, sie zu einem Instrument für den Sozialismus zu erklären und zu glauben, Hugo Chávez sei der „stumpfe Gegenstand“, der mit etwas Druck von links die Massen zur Revolution führen kann. Die IMT/EL Militante und die DSP (und ihre Zeitung Green Left in Australien) repräsentieren diese Tendenz.

Die zweite Gefahr ist die des Linksradikalismus, der aus der Isolation der winzigen Propagandagruppen von der Arbeiterbewegung stammt. Viele dieser Gruppen in Venezuela, die sich als AnhängerInnen Trotzkis darstellen, stehen lieber abseits der PSUV, treten mit ihren Füßen und lassen Beschimpfungen über Chávez und seine Partei los. Sie sind unfähig, Tak-

tiken bzw. die Mitteln zu entwickeln, um die ArbeiterInnen zu erreichen, die unter dem Einfluss von Chávez stehen und glauben, dass er eine Partei aufbaut, die ein besseres Leben für arbeitende Menschen in Venezuela schaffen kann. Eine Gruppe, die diese ArbeiterInnen mittels der Einheitsfront (innerhalb und außerhalb der PSUV) nicht erreichen kann, wird für die Venezolanische Arbeiterklasse nutzlos sein.



eine Chávez-Anhängerin

von Stuart King

Dieser Artikel wurde zuerst veröffentlicht in englischer Sprache im Journal „Permanent Revolution“, Nr. 7, Winter 2007. Übersetzung: Revo Berlin

Wir revolutionäre Sozialisten sind die Dritte Option:

Lasst uns am 2. Dezember die Verfassungsreform ablehnen – Gib einen leeren Stimmzettel ab!

Jeder, der den Weg kennt, den wir als Gewerkschaftsführer und als Politiker der Arbeiter eingeschlagen haben, weiß mit absoluter Gewissheit, dass wir uns niemals auf die Seite der Ausbeuter, der Arbeitgeber oder der Großgrundbesitzer gestellt haben. Nie waren wir Instrument ausländischer Regierungen, die versuchten, unsere Souveränität zu verletzen. Die Arbeiter und die revolutionäre politische Spitze des Landes kennen uns als anti-imperialistische und anti-kapitalistische Kämpfer, als Verteidiger gewerkschaftlicher Demokratie, als Feinde der politischen und gewerkschaftlichen Bürokratie, als Kämpfer gegen die Korruption und als Förderer revolutionär-sozialistischer Ideen.

Über Jahrzehnte hinweg haben wir das Volk in seinem Kampf unterstützt und die Interessen der Arbeiter verteidigt und das tun wir auch weiterhin. In den Zeiten des Putsches und der lähmenden Öl-Sabotage haben wir genauso auch die Regierung von Präsident Chávez gegen die Angriffe der Bourgeoisie und des Imperialismus verteidigt. Wir verfügen somit über ausreichende moralische und politische Autorität um uns kategorisch gegen die von den Exekutiv- und Legislativkräften unseres Landes vorgebrachte Verfassungsreform auszusprechen, die am Sonntag, dem 2.12., zum Referendum kommt. Vor kurzem deutete Chávez an, die Reform nicht zu unterstützen, sei gleichbedeutend damit, Teil einer „internationalen Verschwörung“ zu sein. Diese dualistische Sichtweise, die glauben zu machen versucht, die Verfassungsreform in Frage zu stellen bedeute, einer „abgemagerten“ Opposition anzugehören und außerhalb des revolutionären Prozesses zu

stehen, lehnen wir ab [Chávez verwendete in diesem Zusammenhang das Wort *escuálido/a*, was durchaus mit dünn, abgemagert übersetzt werden kann, darüber hinaus aber eine weitere Bedeutung hat: scheußlich, ekelerregend. Die venezolanische Berichterstattung tendiert zu ersterer Interpretation, eindeutig dazu geäußert hat Chávez sich jedoch nicht]. Deshalb betonen wir, dass es einen „dritten Weg“ [*tercera opción*] gibt, nämlich den der revolutionären Sozialisten, als die wir eine Entwicklung verteidigt haben, für deren Vertiefung hin zum wahren Sozialismus ohne Dienstherren, ohne Bürokraten und ohne Korruption wir eintreten – für eine Regierung der Arbeiter und des Volkes.

Die Verfassungsreform beschneidet demokratische und politische Freiheiten

Wir weisen die Verfassungsreform zurück, weil sie, entgegen dem, was ihre Urheber und Verteidiger behaupten, einen Rückschritt bedeutet: Wichtige Errungenschaften und demokratische Freiheiten, die unter viel Leid erreicht wurden, schränkt sie ein bzw. erkennt sie gar nicht erst an. Und, was noch viel schlimmer ist: Das alles hat aus sozialistischer Perspektive nichts mit einer Vertiefung des revolutionären Prozesses mit zu tun.

Der Form und dem Inhalt nach ist die Reform ein ernsthafter Schlag gegen politische und demokratische Freiheiten. Die ersten 33 Artikel wurden von einer vom Präsidenten handverlesenen Kommission ausgearbeitet, die über 4 Monate unter hermetischer Geheimhaltung ar-

beitete, ohne Rücksprache mit den von den jeweiligen Themen betroffenen Gruppen. Ebenso oder gar schlimmer ging die Asamblea Nacional [Nationalversammlung, Legislative Venezuelas] vor und verletzte grundlegendes parlamentarisches Prozedere, um sich auf die 36 zusätzlichen Artikel und 15 Übergangsregelungen zu einigen.

Es ist eine öffentlich bekannte, berüchtigte Tatsache, dass die Exekutiv- und Legislativkräfte, die immer wieder die partizipative und Akteurs-basierte Demokratie [la democracia participativa y protagónica] bejubeln, nun eben diese zur Seite geschoben haben, um eine Reform zu präsentieren, die gut in einer verfassenden Versammlung oder einer Nationalversammlung von Volksvertretern hätte diskutiert werden können. Eine breite und demokratische Auseinandersetzung der am Kampf beteiligten Gruppen mit den grundsätzlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Problemen des Landes wäre möglich gewesen. Für die Transition zum Sozialismus hätten der Kurs abgesteckt und die Mittel identifiziert werden können. Stattdessen haben der Präsident und die Asamblea Nacional die demokratische Partizipation nicht nur nicht begünstigt, sondern uns zurück geworfen in ein altes Schema repräsentativer Demokratie, wie sie über 40 Jahre hinweg im AD-COPEI Zwei-Parteien-System herrschte.

Von nun an, falls der Reform zugestimmt werden sollte, wird es höherer Anteile von Wählern bedürfen, um jegliche Art von Referendum einzuberufen, die Privilegien der Abgeordneten werden erweitert, gleichermaßen bleiben dann spezielle Machtbefugnisse, die die Wahlrechte der Bevölkerung untergraben, bestehen. Dazu zählt das Recht [des Präsidenten] neue Ämter nach eigenem Gutdünken besetzen zu dürfen, z.B. im Fall der Vizepräsidentenschaften oder der Zuständigkeit für funktionale Verwaltungsdistrikte. Der Präsident oder die Präsidentin wird die einzige Person sein, die das Recht hat, in ihrem Amt wieder gewählt zu werden – eine Tatsache, die das Kriterium der Egalität der Venezolaner hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten verletzt.

Dass mit dem Artikel 337 das Recht der Bevölkerung auf freien Zugang zu Information eliminiert wird, ist es wert, besonders betont zu werden. Damit wird dem putschistischen Vorgehen der Faschisten zwischen dem 11. und dem 13. April 2002 Rechnung getragen – das Recht auf Information war gewissermaßen ihr erstes Opfer.

Mit der Verfassungsreform schreiten wir nicht zum Sozialismus voran

Dem großen sozialistischen Traum, für den unser Volk kämpft, steht diese Verfassungsreform entgegen. Die Propaganda der Regierung, wie sie über die Kommunikationsmedien verbreitet wurde, liefert die Beweise für unsere Behauptung: Hier wird zugesichert, dass die Reform Privateigentum schützt; es wird argumentiert, die gemischten Betriebe [empresas mixtas, die sich teils in Staats-, teils in Privateigentum von Individuen oder Gruppen befinden] würden Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus darstellen. Als wahre Revolutionäre sagen wir mit aller Deutlichkeit, dass Privateigentum an Produktionsmitteln und der Verbleib multinationaler Unternehmen als Teilhaber der Öl-Industrie, der Förderung unserer natürlichen Ressourcen oder der staatlichen Unternehmen mit dem Sozialismus unvereinbar ist. Das Privateigentum ist einer der Eckpfeiler des Systems kapitalistischer Ausbeutung.

Die Arbeiter bei Sanitarios Maracay [Sanitär-Ausstatter], in der Planta de Procesamiento de Desechos Sólidos [Abfallbehandlungsanlage] und bei TV-ULA [Fernsehsender] in Mérida oder die Lkw-Fahrer im Staate Bolívar – um nur einige besonders relevante Beispiele zu nennen – haben verstanden, dass die Verteidigung des Privateigentums durch die Regierung nicht nur ein Slogan in der Kampagne der Befürworter der Verfassungsreform ist. Tatsache ist, dass die Regierung, sei es im Ministerio del Trabajo [Arbeitsministerium], in der Guardia Nacional [Nationalgarde], über die Bürgermeister und

die Gouverneure, gezeigt hat, dass sie der Verteidigung des Privateigentums verpflichtet ist. Im Alleingang oder als Komplizen waren diese Organe an der gewaltsamen Vertreibung beteiligt, die von Arbeitgebern vorgenommen wurde an Arbeitern, die lediglich ihr Recht auf Arbeit geltend machen wollten, ihr Recht darauf, für ihre Leistung bezahlt zu werden und die ihrem Streben danach, die Produktion in den Unternehmen unter Arbeiterkontrolle zu bringen, Ausdruck verliehen.

Im gesamten Projekt Verfassungsreform fehlt die klare Bekenntnis des Präsidenten oder der Asamblea Nacional zum Bruch mit den in- und ausländischen privaten Unternehmern und den Großgrundbesitzern. Auch die Enteignung und die Kontrolle über die Produktionsmittel durch die Arbeiter und das Volk wird nicht einmal angeschnitten. Noch viel weniger wird in der Reform eine echte, von den Arbeitern, der Landbevölkerung und anderen Teilen der Gesellschaft geformte Regierung in Erwägung gezogen. Dabei wäre das der Sozialismus, der das venezolanische Volk von der Misere und den sozialen Missständen des Kapitalismus erlösen könnte.

Die Reform stellt keine konkreten und unmittelbaren Vorteile für die Arbeiter dar

Die Kürzung des Arbeitstages, die rückwirkende Erbringung sozialer Leistungen und die Schaffung eines Fonds für soziale Stabilität sind Rechte, die die Arbeiter bereits mit der Verfassung von 1999 für sich erreichen konnten – abgesehen davon, dass die Regierung und die Asamblea Nacional sich unfähig gezeigt haben, die Vorgaben der Ley Orgánica de Seguridad Social [Grundgesetz über Soziale Sicherheit] und der Ley Orgánica del Trabajo [Grundgesetz über Arbeit] umzusetzen. Diese Gesetze garantieren allen Venezolanerinnen und Venezolanern unter anderem die Vorteile der Altersrente, des Ruhestandes, des Urlaubs, der Erholung, der rückwirkenden Erbringung sozialer Leistungen und der Kürzung des Arbeitstages garantiert.

Die Consejos Laborales [Arbeitsräte] sind zu allererst keine tatsächlich von den Arbeitern geschaffenen Organisationen noch sind sie ihrem täglichen Kampf entsprungen. Sie sind Organe, die schon bei ihrer Geburt von der Exekutive in absoluter Form bevormundet und kontrolliert werden – eine Tatsache, die die Unabhängigkeit und die Autonomie der Arbeiter und ihrer Organisationen verletzt. Ein griffiges Beispiel für das, was wir hier behaupten, spielt sich im Arbeitsministerium ab, wo auf Fingerzeig des Ministers hin ein Arbeitsrat ins Leben gerufen wurde. Dieses Organ aber dient jedweder Sache, nur nicht der, das Recht in Anspruch zu nehmen, einen Kollektivvertrag zu verhandeln, und das in einer Institution, die auf 14 Jahre zurückblickt, in denen sie keine neue Übereinkunft zu kollektiver Arbeit unterzeichnet hat.

Das Interesse der Regierung daran, die Spaltung in den Reihen der Arbeiter voranzutreiben, ist bemerkenswert: Sie stellt ihnen Organe voran, die nicht autonom sind und behält eine in diesem Jahr völlig entfesselte anti-gewerkschaftliche Politik bei. Deutlicher Ausdruck dieser Haltung ist die nicht-Anerkennung der Unión Nacional de Trabajadores [Nationale Arbeiterunion] und mit ihr der legitimen Führer der Erdöl-Gewerkschaften und der Arbeiter im öffentlichen Sektor, die bereits seit 36 Monaten auf die Unterzeichnung eines neuen Vertrags warten.

Nicht weniger können wir zu der Änderung des Artikels 141 sagen. Dass der den Bürgern und Bürgerinnen zu Dienste steht geht als Charakteristikum des öffentlich Angestellten verloren. Stattdessen wird er in ein Instrument der zentralen Staatsgewalt umgewandelt – eine Vorkehrung, die das Recht auf Streik auf's Spiel setzt ebenso wie die Arbeitsstabilität, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und auf Kollektivverträge, weil die Angestellten der öffentlichen Verwaltung zu Angestellten des Vertrauens und der guten Handhabbarkeit gemacht werden.

Auch vor dem Hintergrund von Versorgungsengpässen und davongaloppierender Inflation, unter denen das Land leidet, zieht die Reform ei-

nen allgemeinen Anstieg von Löhnen und Gehältern nicht in Betracht. Noch viel weniger beschäftigt sie sich mit der mobilen Lohnskala oder irgendeiner anderen wirtschaftlichen oder sozialen Maßnahme um einen besseren Lebensstandard für die Bevölkerung wieder zu erlangen.

Eine Warnung an den Imperialismus und die putschistische Opposition

Die aus Washington ferngesteuerte putschistische Opposition, die sich, dank der kollaborativen Politik der regierenden Klassen sowohl wirtschaftlich als auch politisch erholt hat, erdreistet sich der Annahme, dass, wenn das NO [zur Verfassungsreform] triumphiert, dies gleichbedeutend wäre damit, dass das Volk seine revolutionären Errungenschaften verzichte. Als revolutionäre Sozialisten sagen wir ihnen, dass sie sich in dieser Bewertung gewaltig irren. Schon beim Versuch einer destabilisierenden oder putschistischen Aktion werden sie Millionen von Arbeitern gegenüber stehen; wir sind bereit, Fabriken zu besetzen und den Zustand herbei zu führen, in dem sie unter unserer Kontrolle produzieren.

Wir sagen in aller Deutlichkeit, dass die putschistische Opposition, die sich mit Teilen der studentischen Bewegung aufgefrischt hat, dem Volk keinerlei positive Perspektive bietet. Sie will uns zurückwerfen in eine Zwei-Parteien-Vergangenheit, in der Korruption herrscht, die sich gegen die Arbeiter und gegen das Volk richtet und sich für den Imperialismus einsetzt – und all das um weiterhin die Arbeiterklasse ausbeuten zu können und Millionen über Millionen anzuhäufen während das Volk vor Hunger stirbt. Die großen Feinde des Volkes und der Revolution waren sie, sind sie und werden sie weiterhin sein. Es gilt, sie nieder zu werfen, ohnen ihnen, wie es die Regierung getan hat, weitere Zugeständnisse zu machen. Es gilt, sie der Unternehmen, der Ländereien, der Banken und großen Gewerbe zu enteignen, auf dass diese unmittelbar vom Volk verwaltet und kontrolliert werden. Das ist

der Sozialismus, für den wir kämpfen.

Als Arbeiter und die Revolutionäre können wir nicht für die Verfassungsreform stimmen

Viele Arbeiter und Arbeiterinnen sprechen sich offen gegen die Verfassungsreform aus, weil sie wissen, dass diese einen Rückschritt bedeutet. Andere tun dies in verdeckter Form, weil sie den enormen Druck, den die Regierungsfunktionäre auf sie ausüben, spüren, insbesondere im Sektor der öffentlichen Verwaltung und in der PDVSA [venezolanische Erdölgesellschaft]. Das Gute ist, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter, die so denken oder handeln, nichts gemein haben mit den Unternehmern, den Großgrundbesitzern, den multinationalen Unternehmen oder den von einander losgelösten randalierenden Demonstranten oder den faschistischen Berufsputschisten.

Als Revolutionäre können wir nicht blind und taub sein gegen diese Klagen, die von unten kommen und nach einer Form suchen, in der sie sich am 2. Dezember gegen die Verfassungsreform ausdrücken können. Aus diesem Grund rufen wir alle Arbeiter, die gesamte Landbevölkerung, alle Jugendlichen und das Volk im Allgemeinen dazu auf, dieser Verfassungsreform nicht zuzustimmen. Sie führt uns nicht zu dem Sozialismus, auf den Millionen hoffen, einem Sozialismus ohne Dienstherren und ohne Großgrundbesitzer, ohne Bürokraten und ohne korrupte angebliche Linke.

Wir rufen die Arbeiter dazu auf, am 2. Dezember einen LEEREN STIMMZETTEL abzugeben, auf dem sie keine der beiden Optionen (SI oder NO) ankreuzen, sondern lediglich bestätigen, dass sie wählen. Diese Vorgehensweise wurde uns von vielen Arbeitern vorgeschlagen, die sich eingeschüchtert fühlen von jenen, die ihre Stimmenthaltung publik machen könnten, besonders da der CNE [Nationaler Wahlrat] antidemokratischerweise Kampagnen für eine Stimmenthaltung verbietet. Sie fürchten, sie könnten aus ihrer Arbeit bei staatlichen Unternehmen entlassen oder als „Konterrevolutionäre“ oder Verräter abgestempelt werden, wenn sie mit „Nein“ stimmen.

Als sozialistische Revolutionäre betonen wir, dass wir die vorgeschlagene Verfassungsreform nicht unterstützen. Wir möchten sie nicht nur ermutigen, sondern solidarisieren uns mit allen Genossen, die vorhaben, sich bewusst ihrer Stimme zu enthalten, um sich nicht einer rückschrittlichen Verfassungsreform zu verpflichten. Unsere Unterstützung gilt aus einem noch besseren Grund denen, die bereit sind, alles auf eine Karte zu setzen, indem sie mit „Nein“ stimmen, ohne sich von der Manipulation und allen Formen des Druckes, denen sie ausgesetzt sind, davon abhalten zu lassen. All jenen sprechen wir unsere politische Solidarität aus, weil auch wir die Reform nicht unterstützen. Genau

das haben wir während der vergangenen drei Monate publik gemacht.

Deswegen sagen wir mit allem Nachdruck: Genosse Arbeiter, Genossin Arbeiterin, Genossinnen und Genossen der Landbevölkerung, Genossen und Genossinnen in den Gemeinden, am 2. Dezember geben wir einen leeren Stimmzettel ab. Wir organisieren uns politisch in einer Arbeiterpartei, um weiterhin für den Sozialismus ohne Dienstherren, ohne Bürokraten und ohne Korruption zu kämpfen.

Orlando Chirino, Miguel Ángel Hernández, Emilio Bastidas, Armando Guerra und Rafael Ruiz

für das Förderkomitee der Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei, Venezuela, 26 November 2007

Fußnoten

Übersetzung: Anke Hoorn (RSO Wien Südwest, www.sozialismus.net). Anmerkung dazu: Im Originalaufruf werden fast durchgängig nur männliche Formen verwendet – sie sind in der Übersetzung genauso wiedergegeben.

Literaturtipps:

- ★ Stuart King, „Chávez's Bolivarian revolution – What type of socialism in the 21st century?“, Permanent Revolution #3, <http://www.permanentrevolution.net/?view=entry&entry=1562>
- ★ Arbeitsgruppe Marxismus und Antifaschistische Linke, „Für eine sozialistische Revolution in Venezuela – Bilanz und Perspektiven des 'bolivarischen Prozesses' und die Chancen für die Arbeiter/innen/klasse“, Broschüre, Wien 2006, <http://www.sozialismus.net>
- ★ Gruppe für revolutionär-Marxistische ArbeiterInnenpolitik, „Bolivarische' oder permanente Revolution?“, Sozialistische Perspektive Nr. 5, http://www.arbeiterinnenpolitik.net/joomla/index.php?option=com_content&task=view&id=49&Itemid=59
- ★ José Luis Rojo, „Venezuela: Un debate estratégico en la izquierda latinoamericana – Trotsky, Mariátegui y el PSUV“, Socialismo o Barbarie no. 106, http://www.mas.org.ar/periodicos/per_106/070719_14y15_psuw.htm
- ★ Milton D'León, „La 'Revolución Bolivariana' y el mito del 'Socialismo del Siglo XXI'“, Estrategia Internacional no. 23, http://www.ft-ci.org/articulo.php3?id_article=613
- ★ weitere Links auf unserer Website...



1,50€ / 3 SFr.

[WWW.!\[\]\(529949c2c3dadbaa4e538e8c643454bc_img.jpg\)REVOLUTION.DE.COM](http://WWW.REVOLUTION.DE.COM)